



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

WIRTSCHAFT UND POLITIK – RUSSLANDS INNERE ENTWICKLUNG

- | | | |
|-----------------------------------------------------------------------------|--|----|
| ■ ANALYSE | | |
| Die Triebkräfte eines neuen Wachstumsmodells | | 2 |
| Andrei Yakovlev, Moskau | | |
| ■ ANALYSE | | |
| Wirtschaftswachstum, Sozialstaat und geistig-moralische Wende | | |
| Die innenpolitische Agenda der dritten Putin-Administration | | 7 |
| Hans-Henning Schröder, Berlin | | |
| ■ UMFRAGE | | |
| Ein Jahr Putin | | 11 |
| Menschenrechte in Russland | | 17 |
| <hr/> | | |
| ■ DOKUMENTATION | | |
| Interview mit Arsenij Roginskij, Vorstandsvorsitzender von Memorial, | | |
| zu den massenhaften Überprüfungen russischer NGOs durch Staatsanwaltschaft, | | |
| Justizministerium und Steuerbehörde | | 19 |
| <hr/> | | |
| ■ NOTIZEN AUS MOSKAU | | |
| Aus dem Koma geholt | | 21 |
| Jens Siegert, Moskau | | |
| <hr/> | | |
| ■ CHRONIK | | |
| Vom 1. bis zum 18. April 2013 | | 24 |



Die Triebkräfte eines neuen Wachstumsmodells¹

Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Mittlerweile wird allseits anerkannt, dass das russische Wachstumsmodell der 2000er Jahre unter den neuen Bedingungen nach der Krise nicht mehr funktioniert. Es wird intensiv nach einem neuen Modell gesucht und in den Diskussionen wird der Akzent auf makroökonomische Parameter gelegt. Für den Start eines neuen Wachstumsmodells wird unserer Ansicht nach jedoch das Verhalten der wirtschaftlichen Akteure ausschlaggebend sein. Wer kann also warum zum »Wachstumstreiber« im heutigen Russland werden?

Neue Unternehmen

Die 2000er Jahre waren nicht nur ein Jahrzehnt der hohen Ölpreise, die durch die entsprechenden Einnahmen den Anstoß für die »nationalen Programme«, die Schaffung der »Staatskorporationen« und die Finanzierung der großangelegten Bauprojekte in Wladiwostok und Sotschi gaben. Die soziale und politische Stabilität der 2000er Jahre und der schnelle Anstieg der Konsumnachfrage schufen die Voraussetzungen dafür, dass sich viele auf den Binnenmarkt ausgerichtete Unternehmen entwickelten.

Bereits vor der Krise von 2008 gab es in Russland rund fünftausend mittlere Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von über 10 Millionen US-Dollar, die im Jahresmittel eine Zunahme der Verkaufserlöse von 20 % erreichten (Winkow et al., 2008). Solche Firmen waren zwar besonders im Bau und im Handel auszumachen, doch gab es sie in allen Branchen. Gleichzeitig war in Russland sowohl vor als auch nach der Krise der Anteil schnell wachsender Firmen (der sogenannten »Gazellen«) merklich höher als in den entwickelten Ländern (Judanow, 2010).

Diese erfolgreichen Firmen, die die günstigen Konjunkturbedingungen zum Ausbau ihrer Unternehmung genutzt hatten (unter anderem durch Investitionen technologische Nachrüstung, Erschließung neuer Märkte oder Gewinnung ausländischer Partner), waren es, die das Wirtschaftswachstum in den 2000er Jahren tatsächlich gewährleistet haben. Jetzt können diese Firmen, die sich am russischen Markt auskennen und über die notwendigen finanziellen Ressourcen und Management-Teams verfügen, zur Ausgangsbasis für ein neues Wach-

tumsmodell der Wirtschaft werden. Dafür müssten sie allerdings ausreichende Anreize zu Investitionen haben.

Wer gestaltet das Investitionsklima?

Es ist seit langem und wohl bekannt, dass das Geschäftsklima in Russland alles andere als vorbildlich ist (Hellman et al, 2003; Djankov et al, 2006). Vor der Krise von 2008/09 wurden die hohen Kosten für eine Geschäftstätigkeit in Russland allerdings durch die hohen Ertragsraten bei Geschäften auf dem Binnenmarkt wettgemacht. Angesichts der sozialen und politischen Stabilität Mitte und Ende der 2000er Jahre sorgte diese Kombination für einen spürbaren Zustrom von Investitionen. Nach der Krise änderte sich die Situation radikal: die hohen Gewinnmargen verschwanden, während die Barrieren für die Unternehmen erhalten blieben und die Unsicherheit in der Politik (die auf eine offensichtliche Diskrepanz zwischen den verkündeten Verpflichtungen und den finanziellen Möglichkeiten der Regierung zurückzuführen sind) haben für neue Investitionen zusätzliche Risiken geschaffen. Die Reaktion auf all dies war ein verstärkter Kapitalabfluss aus Russland, der während der Krise einsetzte und bis jetzt anhält, sowie ein Rückgang der Inlandsinvestitionen.

In den Begriffen eines Klassikers, des Politologen Albert Hirschman, lässt sich diese Reaktion als Strategie der »Abwanderung« interpretieren: wenn die Spieler, die nicht mit den geltenden Spielregeln einverstanden sind, »mit den Füßen abstimmen« (Hirschman, 1970). Gleichzeitig können die meisten mittleren Unternehmen, die durch die Nachfragewelle der 2000er Jahre gewachsen waren, vor allem in Russland erfolgreich sein; eine »Abwanderung« würde für sie den Verlust ihrer Entwicklungsmöglichkeiten bedeuten. Diese Erkenntnis hat zumindest bei einem Teil der Unternehmer in der Nachkrisenzeit zu einem aktiveren gemeinsamen Vorgehen geführt, durch das ihr Umfeld verändert werden soll – zur Strategie des »Widerspruchs« (nach Hirschman). Es ist bezeichnend, dass hierbei das Vorgehen des Verbandes »Delowaja Rossija« am deutlichsten wahrzunehmen war, dieser vertritt ja die Inte-

¹ Dieser Beitrag ist Teil des Vortrags »Wird es in Russland ein neues Modell des Wirtschaftswachstums geben?«, der von der Higher School of Economics Moskau für die 14. Internationale Fachkonferenz zu Fragen der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft (2.–4. April 2013 in Moskau) erarbeitet wurde. Der Dank des Autors gilt Jewgenij Jasin, Lew Jakobson und Natalja Akindinowaja für die inhaltliche Erörterung des Beitrags und ihre wertvollen Kommentare.

ressen der mittleren und großen »nichtoligarchischen« Unternehmen

Wir nehmen an, dass die Anstrengungen für ein verändertes Investitionsklima, die von der Regierung im letzten Jahr unternommen wurden, eine Reaktion auf den verstärkten Druck aus der Wirtschaft sind; sie sind auch auf die Einsicht zurückzuführen, dass die reale Quelle für Einkommenszuwächse der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung sozialer Stabilität heute nur in einem auf Privatinvestitionen gestützten Wirtschaftswachstum liegen kann. Eine reale Veränderung der Bedingungen für Investoren hängt jedoch ganz wesentlich von der Qualität der staatlichen Verwaltung ab.

Die »Vertikale der Macht« und ihre Grenzen

Das aktuelle Modell der staatlichen Verwaltung in Russland lässt am besten durch den Begriff »Vertikale der Macht« erfassen. Dieses Modell, das zuerst eine Distanzierung der Regierung von der Wirtschaft und eine beträchtliche Verlagerung von Machtbefugnissen aus den Regionen ins Zentrum der Föderation vorsah, war eine Reaktion auf die Dezentralisierung der 1990er Jahre. Diese hatte zwar für einzelne soziale Gruppen Möglichkeiten geschaffen, gleichzeitig jedoch die Ungleichheiten verschärft und das Risiko einer Destabilisierung der Gesellschaft erhöht.

Die Vertikale der Macht hat bei der »Wiederherstellung der Staates« Anfang der 2000er Jahre ihre Rolle gespielt. Vieles von dem, was Wladimir Putin und seine Umgebung in dieser Zeit unternahmen, entsprach den Interessen und Erwartungen eines beträchtlichen Teils der Marktakteure. Die Wiederherstellung eines einheitlichen Wirtschaftsraums – ein Ergebnis der Zügelung der Gouverneure – war für die meisten Unternehmer von Vorteil. Die personelle Stärkung des Staatsdienstes führte zu erhöhter Qualität bei den laufenden staatlichen Verwaltungsgeschäften. Am kennzeichnendsten war in dieser Hinsicht die Steuerreform von 2000/01, die das Besteuerungssystem radikal vereinfachte, für eine Verbesserung der Steuerverwaltung und für höhere Steuereinnahmen sorgte.

War in den 1990er Jahren noch die massenhafte Ignorierung der Gesetze kennzeichnend, so begann der gestärkte Staatsapparat nun, in den 2000er Jahren, die Einhaltung der Gesetze durch Bürger und Unternehmer zu kontrollieren. Die erhöhten Steuereinnahmen führten zusammen mit deren stärkerer Umverteilung Richtung Zentralhaushalt dazu, dass sich dort beträchtliche finanzielle Ressourcen ansammelten, mit denen große soziale und Infrastrukturprojekte gestartet werden konnten.

Die Konsolidierung des Staates im Rahmen der »Vertikale der Macht« hatte aber auch andere Folgen. Das

erhebliche Anwachsen des Staatsapparates und die Ausweitung seiner Funktionen – unter anderem bei der Regulierung wirtschaftlicher Prozesse – führten zu einem Anwachsen der Korruption, die in der Gesellschaft heute als eines der drängendsten sozialen Probleme empfunden wird.

In der Logik der »Vertikale« sind detaillierte Regulierung und verstärkte Kontrolle zu den wichtigsten Instrumenten der Korruptionsbekämpfung geworden – damit sollten mögliche Willkür und die »Suche nach Renten« durch den einzelnen Beamten eingedämmt werden. Auf den ersten Blick fördert eine solche Formalisierung der Beamtentätigkeit das Entstehen und die Verbreitung allgemeingültiger, von Personen unabhängiger Regeln – die von Douglass North und dessen Mitautoren zu den wichtigsten Kennzeichen und Voraussetzungen gesellschaftlicher Entwicklung gezählt werden (North et al, 2009). Tatsächlich jedoch hat das in Russland dazu geführt, dass auf allen Ebenen des Systems nicht für die inhaltliche Arbeit immer mehr Anstrengungen unternommen wurden, sondern für die Einhaltung der geltenden Regeln und die Abfassung der Berichte. Dabei ist in der Logik eines Systems, das auf den unteren Ebenen Initiativen durch die Rahmen der bestehenden Reglements begrenzt, unweigerlich angelegt, dass die Verantwortung für die zu treffenden Entscheidungen nach oben verlagert wird.

Das Streben nach einer detaillierten Regelung der laufenden Arbeit aller Glieder des Staatsapparates – an Stelle einer Delegation der Befugnisse und einer Bewertung allein der Endresultate – geriet zudem in Widerspruch zur notwendigen Lösung der drängenden Probleme bei der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die meisten dieser Probleme verlangen nach ungewöhnlichen Lösungsansätzen und einer Berücksichtigung der örtlichen Besonderheiten, was nicht zu den von oben erlassenen »universellen Reglements« passt. Die oberen Verwaltungsetagen, die ihr Eintreten für einheitliche Regeln deklarieren, machen daher systematisch Ausnahmen von diesen Regeln und gehen die entstehenden Probleme per »Handsteuerung« an, was an sich bereits einen Nährboden für Korruption schafft.

Die fehlende Verankerung von Innovationen, die hohen Funktionskosten und die starken Widersprüche, die in den Anreizen für Beamte im Rahmen der administrativen Hierarchie bestehen, sind uns aus der jüngeren sowjetischen Vergangenheit wohlbekannt. Ein solches Modell kann bei einem Überfluss der Ressourcen mehr oder weniger funktionieren (wenn man es sich erlauben kann, die gesteckten Ziele anzugehen, ohne auf die Mittel achten zu müssen), doch kommt es zu Störungen, wenn die Haushaltsgrenzen enger werden und verschiedenen inneren und auswärtigen Herausfor-

derungen begegnet werden muss. Genau das ist in der UdSSR Ende der 1980er Jahre geschehen und unserer Ansicht nach bildet sich im modernen Russland angesichts der größeren sozialen Verpflichtungen und der gestiegenen Unsicherheit über die Entwicklung der globalen Märkte nach der Krise von 2008/09 eine ähnliche Situation heraus. Ein neues Wachstumsmodell muss sich auf ein anderes Modell der staatlichen Verwaltung stützen, auf eines, das die Beamten dazu zwingt, die Interessen der Investoren zu berücksichtigen.

Wie lassen sich die richtigen Anreize im Staatsapparat schaffen?

In entwickelten Demokratien werden die »richtigen Anreize« für den Staatsapparat durch politischen Wettbewerb und den Druck einer starken Zivilgesellschaft geschaffen. In Russland sind diese beiden Faktoren schwach. Wenn dem so ist, können der nötige Druck innerhalb des Staats und die Anreize für Veränderungen hier nur durch *Wettbewerb zwischen den Regionen* entstehen. Das belegt die Erfahrung der Volksrepublik China, wo ungeachtet der unvollkommenen Marktinstitutionen und der hohen Korruption bereits seit dreißig Jahren ausnehmend hohe wirtschaftliche Zuwachsraten erreicht werden.²

Auf diese Weise besteht der Entwicklungsvektor, mit dem »richtige Anreize« geschaffen werden, beim russischen System der Staatsverwaltung in einer *Dezentralisierung*. Allerdings nicht in der Form einer mechanischen Verschiebung der fehlenden Einnahmen auf die regionale und kommunale Ebene, sondern durch eine reale Ausweitung der Autonomie der Regional- und Kommunalregierungen, was eine *Rückkehr zum Föderalismus* bedeutet. Ohne diese Schritte wird die Wiedereinführung von Gouverneurswahlen lediglich zu einer Verstärkung der Spannungen und zu neuen Beschwerden und Forderungen an Präsident und Regierung führen. Neben einer Befreiung des Zentrums von fremden Funktionen und der Rückkehr zu föderalen Prinzipien des Staatsaufbaus wird die Suche nach angemessenen Lösungen für die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auch durch die Umsetzung von regionalen Experimenten und Pilotprojekten erleichtert.

2 In diesem Zusammenhang sind die Arbeiten aufschlussreich, die den Unterschied in den Entwicklungsbahnen der Transformation sowie die Ergebnisse der Marktreformen in Russland und der Volksrepublik China über einen Vergleich des sowjetischen und chinesischen Wirtschaftsverwaltungsmodells mit Hilfe des funktionalen (U-Form) und der multidivisionalen (M-Form) Modelle der Firmenorganisation erklären (Maskin et al, 2000; Qian & Roland, 1998; Roland, 2000).

Eine neue Bürokratie

Die personellen Verschiebungen in den regionalen Eliten könnten die Politik einer »Rückkehr zum Föderalismus« befördern. Nach Angaben des International Center for Study of Institutions and Development der Higher School of Economics haben beispielsweise nur 16% der Gouverneure, die 2000 an der Spitze der russischen Regionen standen, im Jahr 2011 ihren Posten noch inne gehabt. Bei den Vizegouverneuren und den regionalen Schlüsselministern war die Erneuerung noch radikaler: Bis 2011 haben hier im Vergleich zu 2001 nur 8% ihre Ämter behalten. Der typische Gouverneur des Jahres 2011 war 54 Jahre alt (im Vergleich zu 64 im Jahr 2000). Der typische Vizegouverneur wurde im Schnitt zwei Jahre jünger und war 46. Gleichzeitig waren in der neuen Generation der regionalen Verwaltungseliten wesentlich mehr Menschen zu finden, die aus der Privatwirtschaft stammten (jede fünfte Gouverneur und jeder dritte Vizegouverneur), ebenso mehr professionelle Beamten (fast 40% der Gouverneure und rund 35% der Vizegouverneure).

Insgesamt können wir von einer Schicht »neuer Bürokraten« sprechen, die entstanden ist. Es handelt sich um ausreichend qualifizierte und gut bezahlte Fachleute, die die Realitäten der Marktwirtschaft kennen, in vielen Fällen die modernen Methoden staatlicher Verwaltung beherrschen und Karriere machen wollen. Solche Beamte gibt es sowohl in den Regionen, als auch in den Ministerien der Zentralregierung, doch ist auf regionaler Ebene das Ergebnis ihrer Anstrengungen besser sichtbar und sie haben dort mehr potentielle Möglichkeiten, sich eine eigene »Erfolgsgeschichte« aufzubauen, wie beispielsweise mit den Investoren, die in Kaluga oder Uljanowsk gewonnen werden konnten.

Diese veränderte Motivation der regionalen Führer lässt sich nicht nur an einzelnen Fällen nachverfolgen, sondern auch anhand einer breiteren Basis statistischer Daten. Eine Regressionsanalyse einer Umfrage bei 1000 Unternehmen der verarbeitenden Industrie, die die Higher School of Economics 2009 durchgeführt hat, zeigte, dass ein wesentlicher Faktor für eine Förderung durch die regionalen Regierungen darin bestand, dass die Unternehmen zwischen 2005 und 2008 große Investitionsprojekte umgesetzt hatten (Yakovlev, 2011).

Solche positiven Veränderungen auf der regionalen Ebene waren in Russland bis zum vorigen Jahr eher zufällig, da sie nicht auf eine bewusste Politik der Zentralregierung zur Identifizierung und Förderung einer »best practice« gestützt waren.

Regeln für die Elite

Die Stabilität der 2000er Jahre hat dazu geführt, dass sich zwei neue, recht breite soziale Gruppen herausge-

bildet, die »neuen Unternehmer« und die »neuen Bürokraten«, die über berufliche Qualifizierung und ein Einkommensniveau verfügen, das es ihnen erlaubt, an die Zukunft zu denken und langfristige Strategien zu entwickeln. Die Struktur der Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft, die sich während des Aufbaus der »Vertikale der Macht« entwickelt hat, erzeugt unter den Vertretern dieser Gruppen Anreize für ein opportunistisches Verhalten: eine Orientierung an Umverteilungsstrategien und nicht an produktiver Aktivität. Wer kann also dieses System heute ändern, und wie?

Entgegen der vorherrschenden Vorstellung ist das nicht eine Frage des »politischen Willens« eines Menschen oder einer kleinen Gruppe in Gestalt des »Politbüro 2«. Es ist eine Frage der Bereitschaft (und Fähigkeit) der heutigen Elite Russlands, sich über den Aufbau eines Systems von Regeln zu einigen, die von ihnen selbst eingehalten werden, und die den langfristigen Entwicklungszielen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht entgegenstehen.

Die Besonderheit der gegenwärtigen Situation in Russland besteht darin, dass angesichts eines bestimmten Regelsystems für gewöhnliche Bürger, gewöhnliche Unternehmer und gewöhnliche Beamte die Vertreter der Spitzeneliten sich hinsichtlich einer Einhaltung dieser Regeln frei fühlen. Der Aufbau eines Systems der »Rechtsstaatlichkeit« muss also heute in Russland nicht von oben nach unten erfolgen (wie das historisch in den modernen liberalen Demokratien geschah), sondern von unten nach oben – wobei die für alle Bürger öffentlich verkündeten Regeln, Normen und Pflichten sich auch auf die Eliten erstrecken.

Dieser Logik einer Entwicklung von unten nach oben entspricht der gestiegene Druck durch verschiedene soziale Gruppen, angefangen von den Autofahrern, die wegen der sich drastisch vermehrenden »blauen Eimerchen« im Stau stehen, bis zu den Unternehmern, die versuchen, die Praxis der »feindlichen Übernahmen« und des gewaltsamen, »uniformierten« Drucks auf Unternehmen unter Beteiligung von Mitarbeitern der Polizei und der Justiz einzudämmen. Ein externer Druckfaktor für die Elite besteht zweifellos in den verschlechterten Haushaltsbedingungen, die es nicht mehr erlauben, sich bei unzufriedenen sozialen Gruppen »freizukaufen«.

Dialog und gemeinsames Vorgehen versus gewaltsame Lösungen

Druck auf die Regierung allein führt noch nicht zu angemessenen Lösungen für die herangereiften Probleme. Funktionierende Abmachungen über neue Spielregeln können nur aus einem Dialog mit organisierten Gruppen entstehen, die die Interessen der wichtigsten »Sta-

keholder« vertreten. Die gegenwärtigen Regeln wurden durch die zentrale Verwaltungselite, die »Silowiki« und durch kremlnahe Unternehmen geschaffen, als Reaktion auf die Folgen der Krise von 1998 und auf die Herausforderungen der 1990er Jahre insgesamt. In der gegenwärtigen Phase müssen in den Verhandlungsprozess über die Spielregeln neue Teilnehmer aufgenommen werden: die »neuen Unternehmen« und die regionalen Eliten. Wie wir oben zu zeigen versuchten, können gerade diese beiden Gruppen zu den treibenden Kräften für ein neues Modell wirtschaftlichen Wachstums werden. Darüber hinaus müssen die Eliten der Berufe (Lehrer, Ärzte, Wissenschaftler, Hochschullehrer) beteiligt werden; sie repräsentieren den öffentlich finanzierten Wirtschaftssektor, von dem die Perspektiven für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum in erheblichem Maße abhängen.

Die drastischen Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, denen sich Russland gegenüber sieht, verlangen oft nach ungewöhnlichen Lösungen. Die Ideen für solche Lösungen sollten eher von den »Stakeholdern« kommen, die an deren Umsetzung beteiligt wären. In diesem Zusammenhang wird der Beginn eines Dialogs über neue »Spielregeln« in beträchtlichem Maße durch das Vorhandensein von Organisationen vorbestimmt, die die gemeinsamen Interessen »ihrer« sozialen Gruppen vertreten, und die in der Lage wären, konstruktive Lösungen vorzuschlagen und die Verantwortung für diese Lösungen zu übernehmen.

Studien der Higher School of Economics zeigen, dass die Selbstorganisationsprozesse am aktivsten in der Unternehmerschaft voranschreiten. So gab es in Russland bereits vor der Krise von 2008/09 neben dem »großen Quartett« (RSPP, TPP, Delowaja Rossija und OPORA Rossija) über 300 real tätige Branchenverbände. Dabei gehörten den Verbänden auch vor der Krise bereits Unternehmen an, die aktiv investierten (Yakovlev, Govorun, 2011).

Gleichwohl versuchen bislang selbst die entwickelten Verbände, die Standesinteressen der Unternehmer vertreten, ihre Probleme über die »Vertikale der Macht« zu lösen. Dieser Ansatz kann zwar kurzfristig effektiv sein, aus Sicht der langfristigen Interessen ist er jedoch eine Illusion, da die Regierung wegen der Verschärfung der Haushaltsbegrenzungen und der zunehmenden Unsicherheit die Umsetzung ihrer Verpflichtungen gegenüber den einzelnen sozialen Gruppen nicht wird garantieren können. In der Realität werden nur jene Lösungen funktionieren, die mit den Interessen der wichtigsten betroffenen Gruppen abgestimmt sind. Daher muss das horizontale Zusammenwirken zwischen den wichtigsten »Stakeholdern« verstärkt werden, da das von sich aus die Unsicherheit abbaut, Vertrauen bildet und den Inte-

ressenshorizont weitet. In diesem Falle wäre das Endergebnis (neue, angemessene Lösungen) nicht weniger bedeutsam als der Prozess, der an sich zu einer veränderten Umwelt beiträgt.

Es ist zu unterstreichen, dass es ein langer Weg sein wird, auf dem mit »trial and error« neue Lösungen gesucht werden müssen, ein Weg, der mit unweigerlichen Kompromisse und Aufwendungen verbunden sein

wird. Die für Russland traditionelle Alternative in der Form weiterer Versuche »gewaltsamer Lösungen« bedeutete heute nicht nur die Verschwendung begrenzter Ressourcen, sondern wäre auch für die derzeitige Elite mit dem Beginn eines Prozesses der »gegenseitigen Vernichtung« verknüpft.

Übersetzung aus dem Russischen: Hartmut Schröder

Über den Autor:

Professor Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts zur Analyse von Unternehmen und Märkten an der National Research University – Higher School of Economics, Moskau

Lesetipps:

- Winkow, A., T. Gurowa, Ju. Polunin, A. Judanow: Delat srednij biznes; in: Expert, 2008, Nr. 10.
- Judanow, A. Ju.: Pokoriteli »golubych okeanow« (firmy-»gaseli« w Rossii), in: Sowremennaja konkurencija 2010, Nr. 2.
- Djankov Simeon, Roland, Gerard; Qian, Yingyi; Zhuravskaya, Ekaterina: Entrepreneurship in China and Russia compared, in: Journal of the European Economic Association, 4.2006, Nr. 2–3, S. 352–365.
- Hellman, J. S., G. Jones, D. Kaufman: Seize the state, seize the day: state capture and influence in transition economies, in: Journal of Comparative Economics, 31.2003, Nr. 4, S. 751–773.
- Maskin, Eric, Qian, Yingyi; Xu, Chenggang: Incentives, Information, and Organizational Form, in: The Review of Economic Studies, 67.2000, Nr. 2, S. 359–378.
- North, Douglass, John Joseph Wallis, Barry R. Weingast: Violence and Social Orders: A Conceptual Framework for Interpreting Recorded Human History, New York, NY: Cambridge University Press, 2009
- Roland, Gerard: Transition and Economics: Politics, Markets, and Firms, Cambridge, MA: The MIT Press, 2000.
- Yingyi, Qian; Roland, Gérard: Federalism and the Soft Budget Constraint, in: American Economic Review, 88.1998, Nr. 5, S.1143–1162.
- Yakovlev, Andrei: State-Business Relations in Russia in the 2000s: From the Capture Model to a Variety of Exchange Models? (= BOFIT Discussion Paper No. 10/2011), Helsinki: Suomen Pankki, 2011.
- Yakovlev, Andrei; Govorun, Andrei: Industrial Associations as a Channel of Business-Government Interactions in Imperfect Institutional Environment: The Russian Case. (= Economics Working Paper No. 116), London: UCL SSEES Centre for Comparative Economics, Juli 2011. <http://discovery.ucl.ac.uk/1370607/1/wp116.pdf>

Tabelle 1: Die russische Wirtschaft im März 2013

	März 2013	in % zu		1. Quartal 2013 zum 1. Quartal 2012	März 2012 in % zu		1. Quartal 2012 zum 1. Quartal 2011
		März 2012	Februar 2013		März 2011	Februar 2012	
Bruttoinlandsprodukt, Mrd. Rbl	62.599,1	103,4%			104,3%		
Index der Industrieproduktion		102,6%	112,1%	100,0%	102,0%	107,0%	104,0%
Agarproduktion, Mrd. Rbl.	171,6	102,1%	140,9%	102,3%	104,9%	141,3%	104,0%
Güterumschlag im Transportwesen, Mrd. t-km	428,8	98,7%	109,4%	98,2%	104,5%	108,1%	104,8%
Einzelhandelsumschlag, Mrd. Rbl.	1.838,3	104,4%	108,3%	103,9%	107,8%	106,9%	107,9%
Außenhandelsumschlag, Mrd. US\$	67,9	96,9%	112,6%	99,4%	114,4%	118,9%	120,5%
Investitionen ins Grundkapital, Mrd. Rbl.	751,2	99,2%	117,4%	100,1%	116,6%	118,6%	116,5%
Verbraucherpreisindex		107,0%	100,3%	107,1%	103,7%	100,6%	103,9%
Durchschnittlicher Monatslohn							
Nominal, Rbl.	28.483,0	111,5%	107,0%	111,6%	113,0%	106,3%	114,6%
Real		104,2%	106,6%	104,2%	109,0%	105,7%	110,3%
Arbeitslose, Mio.	4,3	90,5%	98,0%	92,6%	89,7%	100,9%	85,3%
Offiziell registrierte Arbeitslose, Mio.	1,1	82,5%	98,6%	82,6%	79,9%	98,7%	80,1%

Quelle: Angaben der Statistikbehörde Rosstat http://www.gks.ru/bgd/free/B13_00/IssWWW.exe/Stg/dk03/1-0.htm

Wirtschaftswachstum, Sozialstaat und geistig-moralische Wende

Die innenpolitische Agenda der dritten Putin-Administration

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Der politische Kurs der dritten Putin-Administration ist darauf ausgerichtet, die politische Krise, die im Winter 2011/2012 aufgebrochen ist, zu überwinden und das Regime zu stabilisieren. Er verbindet eine Politik zur Besserung der sozialen Lage mit einer Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise über eine nationalkonservative Rhetorik. Um den Lebensstandard zu heben und die sozialen Garantien auszubauen, muss das Wirtschaftswachstum beschleunigt werden. Präsident Putin hat in seinen ersten Erlassen am 7. Mai 2012 Richtzahlen für den Ausbau der Wirtschaft und die Besserung der sozialen Lage fixiert. Allerdings signalisieren Experten des Wirtschaftsministeriums Skepsis, ob diese Vorgaben realistisch sind. Die geistige Wende, die in der nationalkonservativen Rhetorik gefordert wird, stärkt rechte Tendenzen in der Gesellschaft. Die Kräfte, die damit hervortreten, wenden sich aber auch gegen die herrschenden Eliten, indem sie verlangen, dass das »unpatriotische« Verhalten von Beamten und Unternehmern unterbunden wird, die ihr Geld im Ausland anlegen. Insofern gefährdet die rechte Mobilisierung, die das Regime stabilisieren soll, den Elitenkonsens.

Vertrauenskrise und gezinkte Wahlen

Der Weg in die dritte Amtszeit stand für Wladimir Putin unter einem schlechten Stern. Das Vertrauen in die politische Führung und die Beamtenkaste war in Russland 2010/2011 auf einen neuen Tiefpunkt gesunken, die allgemeine Unzufriedenheit war groß. Als Präsident Dmitrij Medwedew am 24. September dem Parteitag von »Einiges Russland« vorschlug, Wladimir Putin als Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im März 2012 zu benennen, und dieser selbst erklärte, er habe das gemeinsam mit Medwedew bereits einige Jahre zuvor verabredet, da reagierte die russische Öffentlichkeit in hohem Maße irritiert. Die Beliebtheitswerte Putins sanken merkbar. Als er am 20. November im Moskauer Sportkomplex Lushniki einem Freistilkampf beiwohnte, löste sein Auftritt nach dem Kampf bei den 20.000 Zuschauern ein Pfeifkonzert aus – für Putin, der jahrelang auf einer Popularitätswelle geschwommen war, eine unangenehme Überraschung. Die Manipulationen bei den Dumawahlen am 4. Dezember 2011 brachten das Fass schließlich zum Überlaufen. Unmittelbar nach der Wahl kam es in der russischen Hauptstadt zu spontanen Demonstrationen und Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. Die folgenden Massendemonstrationen am 10. und 24. Dezember zeigten die Stärke der Moskauer Protestbewegung. Die Krise des Putinschen Machtarrangements war offensichtlich.

Die politische Führung musste in dieser schwierigen Situation alles tun, um den Wahlsieg Putins bei den Präsidentschaftswahlen im März 2012 zu sichern. Zwei Optionen waren denkbar: Man konnte versuchen, die urbanen Mittelschichten, aus denen sich das kritische Potential zum Teil rekrutierte, durch politische Zugeständnisse und Zulassung neuer Parteien einzubinden und den

Kandidaten als Mann der Mitte und der Zukunft zu verkaufen. Die andere Option war, die konservative Bevölkerungsmehrheit zu mobilisieren und sie der kritischen Opposition entgegenzustellen – mit der Perspektive, die kritischen Gruppen auszugrenzen. Der Kandidat Putin musste in diesem Fall als konservativer Bewahrer und Schützer der Unterprivilegierten auftreten.

In der Übergangsphase zwischen Duma- und Präsidentschaftswahlen tat die russische Politik beides: Medwedew brachte noch als Präsident eine Reihe von Gesetzen auf den Weg, die die Zulassung neuer Parteien erleichterten, Direktwahlen für die Gouverneure und für die Duma ein gemischtes Wahlsystem einführte. Außerdem initiierte er ein Projekt, das er »Offene Regierung« nannte, und das die Bürger stärker in die Regierungsarbeit einbeziehen wollte. Andererseits wurde aber im Vorgriff auf die Präsidentschaftswahlen die Präsidentschaftsadministration umbesetzt – neuer Leiter wurde nun Sergej Iwanow, ein Putin-Vertrauter eher konservativen Zuschnitts. Ein Team um den noch aus der Sowjetära bekannten Filmregisseur Stanislaw Goworuchin organisierte die Wahlkampagne und setzte dabei auf die konservative Grundstimmung in der Bevölkerung und die verbreitete Angst vor Veränderung. Mit Hilfe der staatlich kontrollierten elektronischen Medien und gestützt auf die föderalen und regionalen Apparate sprach die Kampagne große Teile der Bevölkerung an. Am 4. März 2012 erreichte Putin in der Tat ein Wahlergebnis von 63,6% und wurde damit zum dritten Mal Präsident Russlands. Die politische Krise allerdings war damit keineswegs überwunden, da deren Ursache, die gesellschaftliche Strukturverschiebung, weiter bestand: Die erstarkten urbanen Mittelschichten forderten politische Beteiligung, während große Teile der Bevölkerung, die in den großen und kleinen Industrie-

städten am Rande der Armut existierten, von der Zentrale Subventionen und soziale Sicherungen erwarteten.

Sozialstaat und die »moralisch gesunde Gesellschaft«

Wie die dritte Putin-Administration diese schwierige Situation angehen wollte, zeichnete sich schon in den programmatischen Äußerungen ab, die im Vorfeld veröffentlicht wurden. Das Wahlprogramm, das im Januar erschien, betonte die positiven Leistungen der russischen Politik und die großen Fortschritte des Landes im innen- und außenpolitischen Bereich. Die Armut, die Ineffizienz der Apparate, die Korruption und das schlechte Unternehmensklima – all dies wurde nicht verschwiegen, doch lösen sollte sie »eine moralisch gesunde Gesellschaft«. Den »geistigen Reichtum und die Einheit des multinationalen russischen Volkes« wollte man pflegen, den Bürgern »Ergebenheit gegenüber der Familie« und »Verantwortung für das Schicksal des Vaterlandes« nahe bringen und so die Probleme lösen.

Dieses nationalkonservative Credo verband sich mit der Forderung nach sozialen Garantien: »Der arbeitende Mensch in Russland darf nicht arm sein« war die Kernforderung. Angemessene Entlohnung, wachsende Renten und erschwingliche Wohnungen wurden als Ziele herausgestellt. Den Autoren des Programms war durchaus bewusst, dass eine Garantie einer Besserung der Lebensverhältnisse und des Ausbaus sozialer Sicherungen nur auf Basis einer wachsenden Wirtschaft möglich war. Daher sah das Programm eine Umstrukturierung der Ökonomie vor, hohe Investitionen und die rasche Entwicklung innovativer Industrien. Technischer und ökonomischer Fortschritt gingen Hand in Hand mit nationalkonservativer Konsolidierung. Im Bereich des politischen Systems waren die Versprechungen schmallippiger. Zwar sollte »die Macht« in den Dienst des Volkes gestellt, die Korruption eingedämmt werden, doch verschwieg das Programm, wie man dies bewerkstelligen wollte.

Das Programm der dritten Putin-Administration war also ein Dreiklang aus geistig-moralischer Wende, Modernisierung der Wirtschaft und Ausbau des Sozialstaats. Es zielte auf die unterprivilegierte Bevölkerungsmehrheit außerhalb der Metropolen, denen man bessere Lebensverhältnisse versprach, während man sie in ihren antimodernen Vorstellungen bestätigte. Große Teile der urbanen Mittelklasse und der Oberschichten wurden in diesem Programm nicht angesprochen. Auch die Modernisierung der Wirtschaft, notwendig, um Wachstum und höhere Sozialleistungen zu garantieren, erscheint in diesem Programm eher als Fremdkörper.

Soziale Garantien und Ökonomie

Es war der Putinschen Führung klar, dass die Anhebung des Lebensstandards und der Ausbau sozialer Sicherun-

gen unabdingbare Grundlage jeder erfolgreichen Politik sein mussten. Schon auf dem Nominierungsparteitag von »Einiges Russland« hatte Putin in seiner Rede am 24. September 2011 versprochen, die Renten noch im Lauf des Jahres 2011 um 19% zu erhöhen. Der durchschnittliche Nominallohn sollte bis Ende 2014 auf das anderthalbfache steigen und 30.000–32.000 Rubel (ca. 800 Euro) betragen. Diese Versprechen richteten sich nicht an die erfolgreichen urbanen Mittelschichten, sondern an jene Bevölkerungsmehrheit, die außerhalb der Hauptstadt in prekären Verhältnissen lebte, aber nach wie vor als Rückhalt des Regimes galt.

Nach der Wahl machte Putin sich daran, diese Versprechungen umzusetzen. Am 7. Mai, dem Tag nach seiner Amtseinführung unterzeichnete er elf Erlasse, die den Rahmen für die künftige Politik setzten – darunter fünf zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Darin wurde eine große Zahl konkreter Maßnahmen benannt, durch die die Situation in der Wohnungspolitik, bei der demographischen Entwicklung, in der Sozialpolitik, im Gesundheitswesen und bei der Wirtschaftsentwicklung verbessert werden sollte. U. a. sollte der Reallohn bis 2018 auf das 1,4–1,5fache steigen, Lehrgelöhner sollten bis zu diesem Zeitpunkt wenigstens auf das Durchschnittseinkommen angehoben werden, Ärzte sollten 2018 das Doppelte des Durchschnittseinkommens verdienen. Bis zum Oktober 2012 wollte man eine Strategie zur Entwicklung des Rentensystems ausarbeiten, das Rentner belohnte, die nach Eintritt in das Rentenalter weiterarbeiten. Für das Gesundheitswesen wurden Richtzahlen zur Senkung der Todesfälle durch Kreislauferkrankungen, Krebs und Tuberkulose ausgegeben. Auch die Sterblichkeitsrate bei Neugeborenen sollte reduziert werden. Dazu wollte man die medizinische Forschung verbessern, eine gesunde Lebensführung propagieren und das Gesundheitssystem ausbauen.

Zur Finanzierung der höheren Sozialleistungen galt es, die Wirtschaftsentwicklung voranzutreiben. Die Erlasse vom 7. Mai forderten daher die Schaffung von 25 Mio. hochtechnologischen Arbeitsplätzen bis 2020, die Steigerung der Investitionsquote auf 25% bis 2015 und 27% bis 2018 und die Zunahme der Arbeitsproduktivität zwischen 2011 und 2018 um 50%. Im Businessrating der Weltbank wollte man von Platz 120 (2011) auf Platz 50 (2015) bzw. 20 (2018) vorrücken. Erreicht werden sollte das durch eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen, durch Straffung der Haushalts-, Steuer- und Beschaffungspolitik, durch die Privatisierung einer Reihe von staatlichen Unternehmen und durch eine entschiedene Verbesserung des Geschäfts- und Investitionsklimas. Zugleich sollten umfassende Modernisierungsprogramme aufgelegt werden – für Sibirien und den Fernen Osten, für die Flugzeugindustrie und für Innovation insgesamt. Im

Einzelnen werden die Schwächen der Volkswirtschaft – Energieabhängigkeit, fehlende Infrastruktur, unzureichende Innovation, fehlende Investitionen – benannt und eine Reihe von Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen.

Ob die vorgegebenen Richtzahlen allerdings tatsächlich erreichbar sind, das bewerten die Experten des Wirtschaftsministeriums eher skeptisch. In der Prognose der Wirtschaftsentwicklung bis 2030, die sie im Januar 2013 vorlegten, nahmen sie pflichtschuldigst eine »Zielszenario (forciert)« als Optimalvariante auf, sie zeigten aber auch, wie unwahrscheinlich deren Eintreten war. Voraussetzung dafür waren eine positive demographische Entwicklung, ein anhaltender Anstieg der Energiepreise und ein erhöhter Kapitalzufluss von außen. Letzteres, so die Experten des Wirtschaftsministeriums, setze die Wirtschaft möglichen Krisen auf externen Finanzmärkten aus. Und ein Sinken der Energiepreise, so wurde am Rande angemerkt, würde die Rahmenbedingungen der Szenarien doch wesentlich verändern. Damit stellte das Wirtschaftsministerium selbst die Frage, ob die versprochene Besserung der sozialen Lage – unabdingbar für die Sicherung der inneren Stabilität – in der Realität zu finanzieren sein wird.

Und in der Tat weisen die Wirtschaftsdaten im Frühjahr 2013 auf Probleme bei der Umsetzung der ehrgeizigen Planvorgaben hin. In den ersten Monaten des Jahres verlangsamte sich das Wachstum. Und in Reaktion darauf bestellte der Präsident am 15. April den Ministerpräsidenten ein, um mit ihm über die notwendige Beschleunigung der ökonomischen Entwicklung zu sprechen.

Geistige Wende und alte Feindbilder

Lohnsteigerungen, Wohnungsbau und Ausbau der sozialen Sicherungen waren substantielle Elemente der Politik, die das Verhältnis zwischen Regime und Gesellschaft stabilisieren sollte, sie schufen den Unterbau für die nationalkonservative Wende. Die Putin-Administration setzte darauf, dass große Teile der russischen Bevölkerung durch nationalistische Parolen ansprechbar sind. Bei den ersten Dumawahlen 1993 hatte die LDPR Schirinowskijs mit ihrem obskuren Rechtsradikalismus 22 % der Stimmen erhalten und war damit stärkste Partei geworden. Im Dezember 2003 erreichte die rechtsnationale Partei Rodina (»Heimat«), geführt von Sergej Glasjew und Dmitrij Rogosin, 9%, obwohl die Präsidentialadministration im Vorfeld versuchte, sie unter der Fünfprozentmarke zu drücken. Eine starke Xenophobie war verbreitet, die sich immer wieder gewaltsam Luft verschaffte – etwa bei Pogromen in Kondopoga im September 2006 oder bei den fremdenfeindlichen Ausschreitungen Tausender von Fußballfans auf dem Moskauer Manegenplatz im Dezember 2010. Rechte Ideologen wie Alexander Pro-

chanow, Alexander Dugin oder Sergej Kurginjan konnten ihre obskuren Theorien in den elektronischen Medien verbreiten und genossen durchaus Ansehen.

Auch die politische Führung nutzte immer wieder Elemente nationaler Rhetorik, wenn etwa Putin in einer Wahlrede im November 2007 der Opposition vorwarf, sie habe keine Unterstützung im Volk und schleiche wie Schakale um die ausländischen Botschaften herum. Doch seit Anfang 2012 bediente sich die politische Führung nationalistischer Rhetorik in immer stärkerem Maße. Dazu trug gewiss bei, dass Putin den intelligenten Manipulator Wladislaw Surkow, der über Jahre Parlament und Parteien »gelenkt« hatte, aus der Präsidentialadministration entfernte, und durch Personen ersetzt hat, die – wie Sergej Iwanow – eher dem konservativen Lager zuzurechnen sind. Putins Wahlprogramm aus dem Januar 2012 war – wie auch seine Rede zur Lage der Nation im Dezember desselben Jahres – von Begrifflichkeiten und Ideen durchzogen, die dem rechtsnationalen Narrativ entstammten – der »Größe Russlands«, der »Geist und Einheit des russländischen Volkes« oder die Formel von der »einzigartigen, ununterbrochenen tausendjährigen Geschichte, auf die gestützt wir innere Stärke und den Sinn nationaler Entwicklung gewinnen«.

Das nationale Narrativ war die Begleitmusik zu praktischen Maßnahmen, mit denen man die Opposition ausschalten wollte. Prominente Vertreter der Straßenproteste wurden wie z. B. Gennadij Gudkow aus der Duma entfernt oder wie Aleksej Nawalnyj mit Strafprozessen überzogen. Die Duma verabschiedete Gesetze, die Regelverstöße bei Demonstrationen mit hohen Haftstrafen belegte, Nichtregierungsorganisationen, die Mittel aus dem Ausland erhalten, als »ausländische Agenten« brandmarken und – im Rahmen von Kinderschutz – die Sperrung von Webseiten im Internet ermöglichte. Die Provokation, die eine weibliche Punkband namens »Pussy Riot« in der Moskauer Erlöserkathedrale inszenierte, erlaubte es der Führung, sich für die Wahrung russischer Werte einzusetzen – und damit breite Zustimmung zu ernten. In diesem Klima bediente man sich auch eines Obskuranten wie des Publizisten und Polittechnologen Sergej Kurginjan, der am 9. Februar mit Unterstützung der Präsidentialadministration einen »Allrussischen Elternkongress« organisierte, bei dem Sergej Iwanow im Präsidium saß und Putin unangekündigt mit einer Grußadresse auftrat. Kurginjan, der Unternehmer und Bürokraten mit Besitz im Ausland ebenso als Feinde ansieht wie »den Westen« insgesamt, propagierte eine nationale Revolution, um »das Volk« vor der Vernichtung und »das Land« vor dem Zerfall zu retten. Auf dem Kongress gründete Kurginjan eine »nationale Opposition« und begründete dies mit dem Argument, dass man die Straße nicht der liberalen Opposition überlassen dürfe.

Es wurde bald auch deutlich, dass die rechte Mobilisierung, die das Regime stabilisieren soll, zugleich eine Gefahr darstellt, da sie sich gegen jene Elitengruppen wendet, die die politische Führung stützen. Die Spannung zwischen einem rechtem, gegen Beamtenkorruption gewandten Populismus und der Notwendigkeit das Elitenkartell zusammenzuhalten, kommt in den Gesetzesprojekten zum Ausdruck, das Ministern, Abgeordneten und Beamten verbietet, Konten bzw. Immobilien und Unternehmen im Ausland zu besitzen. Es wurde im August 2012 von einigen Abgeordneten der Partei »Einiges Russland« eingebracht und am 21. 12. von der Duma in erster Lesung verabschiedet. Die vorgesehenen Regelungen riefen bei den Betroffenen naturgemäß Unruhe hervor. Daher brachte der Präsident im Februar seinerseits ein Gesetz ein, das Auslandsguthaben von Beamten, Ministern und Abgeordneten verbietet, und das ebenfalls in erster Lesung verabschiedet wurde. Nach Medienkommentaren zu urteilen, war der Entwurf des Präsidenten sehr viel mehr den Interessen der Betroffenen angepasst als das ursprüngliche Gesetz. Offenbar hielt es die Präsidentschaft nicht für opportun, den ersten Entwurf abzulehnen, da das Vorhaben – Bekämpfung der Beamtenkorruption – in der Bevölkerung großen Rückhalt hat, und wählte aus diesem Grunde einen Weg, der nicht gleich sichtbar macht, dass man Beamten und Politiker schützen will.

Ein weiteres politisches Projekt stellte auch eine Belastung für das Elitenkartell um Putin dar – die »Deoffshorisazija« (Entoffshorisierung), die Putin in seinem Bericht zur Lage der Nation im Dezember 2012 angekündigt hatte. Dabei ging es darum, das »unpatriotische« Verhalten vieler Großunternehmer und Finanzmagnaten zu unterbinden, die ihr Kapital ins Ausland brachten und in Steueroasen wie Zypern, Luxemburg, Österreich oder den Virgin Islands anlegten, statt es in Russland zu investieren. Der Abfluss von Kapital war der politischen Führung ein Dorn im Auge, zumal sie dringend Investitionen brauchte, um eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums zu erreichen. Das patriotische Narrativ legitimierte die Politik der »Entoffshorisierung« und verschaffte ihr populistische Unterstüt-

zung. Dennoch musste sie behutsam eingesetzt werden, wollte man nicht in Gefahr laufen, den Kapitalabfluss noch zu beschleunigen.

Bei den außerplanmäßigen Prüfungen der Nichtregierungsorganisationen hingegen, die seit Februar 2013 in großer Zahl durchgeführt wurden, war die Gefahr gering, die eigenen Eliten vor den Kopf zu stoßen. Zwar gab es Proteste des Menschenrechtsbeauftragten und aus dem Menschenrechtsrat beim Präsidenten, doch konnte die Präsidentschaft damit rechnen, dass ihre Feinbildpropaganda, die die NGOs als Einflussagenten des Auslandes darstellte, in der Öffentlichkeit Glauben finden und so über negative Integration der Stabilisierung des Regimes dienen würde.

Fazit

Der politische Kurs der dritten Putin-Administration ist darauf ausgerichtet, die politische Krise, die im Winter 2011/2012 aufgebrochen ist, zu überwinden und das Regime zu stabilisieren. Dabei versucht sie nicht, die urbanen Mittelschichten, aus denen heraus der Protest entstand, zu integrieren und ihnen wenigstens begrenzte Partizipationsmöglichkeiten zu bieten, sie setzt vielmehr auf Einschüchterung der Opposition und Mobilisierung der Bevölkerungsmehrheit über nationale Rhetorik – verbunden mit Ausbau der Sozialleistungen und Maßnahmen zur Besserung der Lebensverhältnisse. Die Ansätze zum Ausgleich der massiven Einkommensunterschiede und zur Korruptionsbekämpfung, die in der Anhebung von Einkommen und Renten und dem Verbot von Auslandsguthaben für Politiker und Beamte enthalten sind, könnten in der Tat auf eine neue, sozial orientierte Politik hinweisen, wären sie nicht mit der Unterdrückung und Einschüchterung der Opposition sowie der Mobilisierung des rechten »Sumpfes« verbunden. So bleibt der Eindruck, dass es allein um eine autoritäre, nationalkonservativ legitimierte Stabilisierung geht, die den kleinen Schönheitsfehler hat, dass sie die Balance des Elitenkartells gefährdet. Obendrein kann man sich mitunter des Eindrucks nicht erwehren, dass Präsident Putin das rechte Milieu, das er nutzt, nicht mehr zur Gänze kontrolliert. Und das ist gewiss Grund zur Sorge.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin regionale Politikanalyse mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

Lesetipps

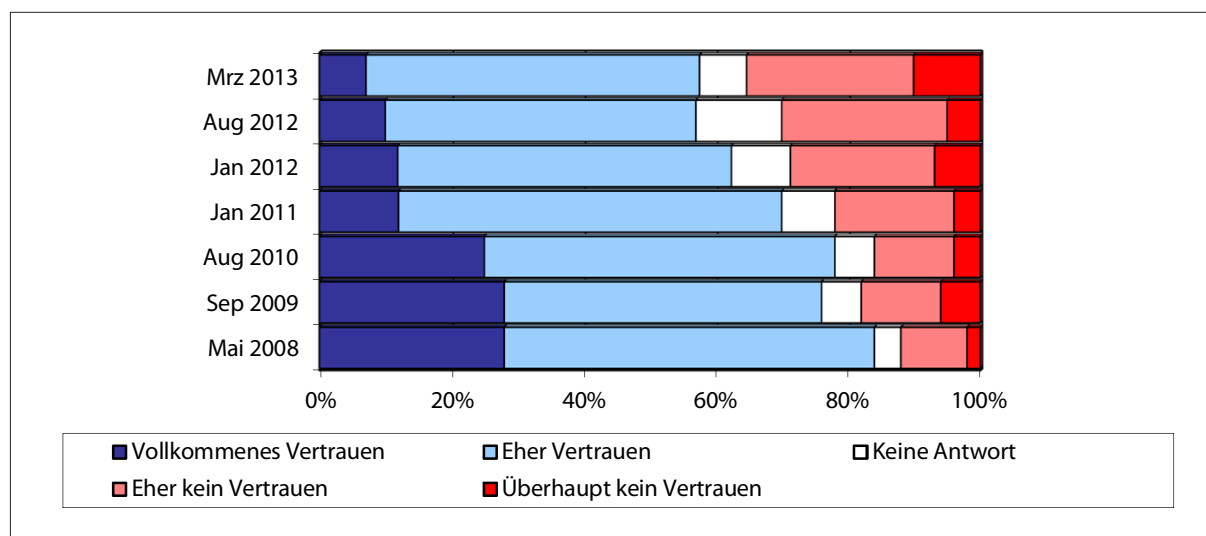
- Roberts, Sean: The Kremlin's uncompromising approach to opponents threatens political stability. The Finnish Institute of International Affairs. Briefing Paper 118 (2012), 3. 12. 2012, <http://www.fia.fi/assets/publications/bp118.pdf>, 7. Dezember 2012
- Trenin, Dmitri, Alexei Arbatov, Maria Lipman, Alexey Malashenko, Nikolay Petrov, Andrei Ryabov, Lilia Shevtsova: The Russian Awakening. A Joint Paper by the Carnegie Moscow Center, Moskau, November 2012, http://www.carnegieendowment.org/files/russian_awakening.pdf
- Lipman, Maria: Doppelte Polarisierung. Russlands gesplante Gesellschaft, in: Osteuropa, 62.2012, Nr. 6–8, S. 9–22, <http://www.osteuropa.dgo-online.org/issues/issue.2012.1348653600000>

UMFRAGE

Ein Jahr Putin

Umfragen des Levada-Zentrums vom März

Grafik 1: Inwieweit vertrauen Sie Wladimir Putin?



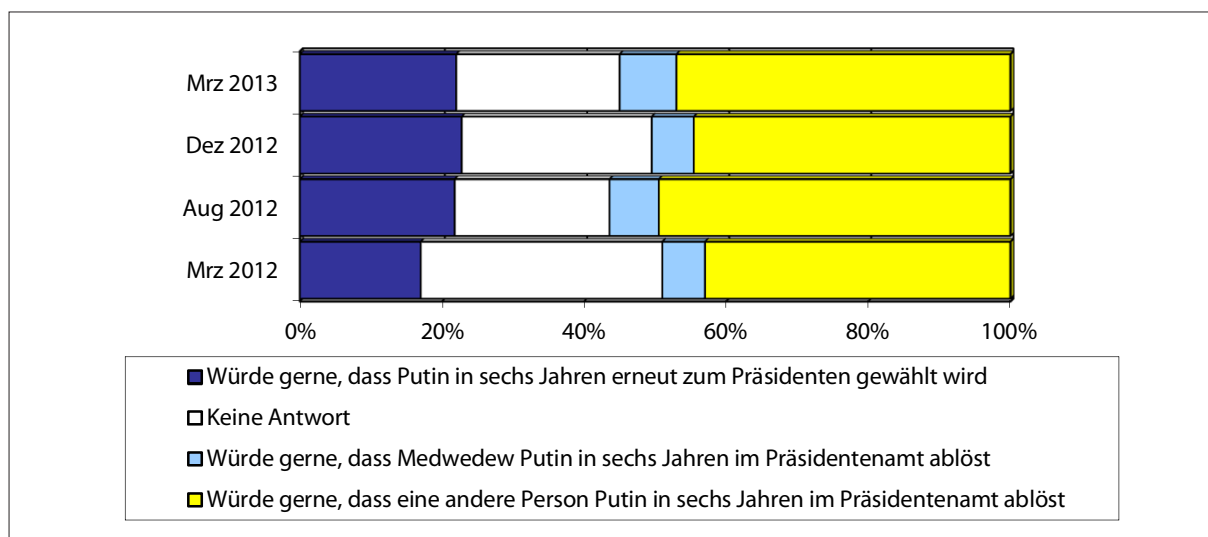
Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 22.–25. März 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 11. April 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/11-04-2013/vladimir-putin-god-posle-izbraniya-prezidentom>.

Tabelle 2: Die Interessen welcher Bevölkerungsgruppen vertritt Wladimir Putin Ihrer Meinung nach?

	Feb. 2000	Okt. 2000	Jul. 2001	Jul. 2003	Jul. 2005	Sept. 2006	Aug. 2007	Okt. 2009	Okt. 2010	Jan. 2011	Jan. 2012	März 2013
Nähere Umgebung Boris Jelzins, der »Familie«	22%	25%	22%	25%	20%	13%	13%	9%	11%	10%	15%	13%
»Oligarchen«, Banker, Großindustrielle	18%	24%	15%	27%	25%	23%	18%	22%	26%	26%	36%	36%
»Direktorenriege« – Leiter von Großunternehmen	10%	16%	16%	21%	23%	12%	13%	14%	18%	18%	21%	18%
Staatsbeamte, Bürokratie	13%	12%	15%	21%	26%	21%	19%	16%	24%	24%	26%	27%
»Silowiki« – Mitarbeiter von Geheimdiensten, Armee, Innenministerium	28%	54%	43%	51%	51%	34%	39%	27%	34%	31%	37%	35%
Kulturelle und wissenschaftliche Elite	6%	4%	8%	9%	11%	7%	10%	8%	10%	10%	9%	7%
»Mittelschicht«, Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen	18%	10%	16%	19%	23%	24%	31%	24%	27%	26%	27%	18%
Intelligenz	11%	5%	10%	9%	12%	7%	10%	7%	10%	10%	8%	6%
»Einfache Leute« – Angestellte, Arbeiter, Bauern	25%	13%	15%	15%	18%	18%	24%	21%	20%	20%	18%	12%
Alle ohne Ausnahme	8%	5%	7%	7%	6%	10%	12%	10%	8%	10%	7%	10%
Keine Antwort	18%	13%	18%	11%	12%	12%	13%	13%	14%	13%	9%	6%

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums vom 22.–25. März 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 11. April 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/11-04-2013/vladimir-putin-god-posle-izbraniya-prezidentom>.

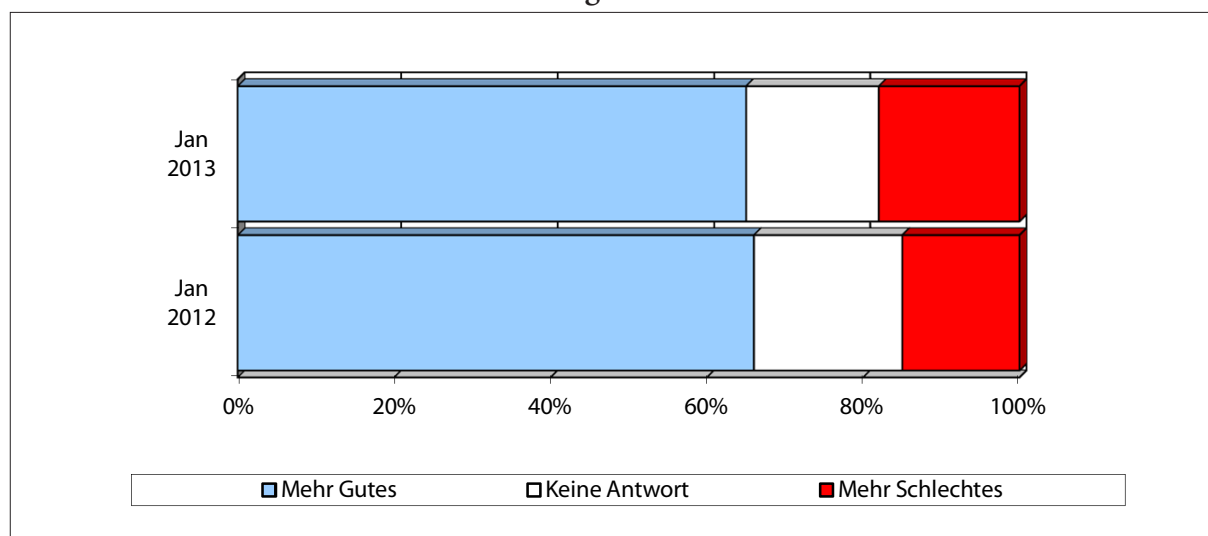
Grafik 2: Würden Sie gerne, dass Wladimir Putin in sechs Jahren für eine weitere Amtszeit als Präsident gewählt wird, oder soll Dmitrij Medwedew oder jemand anders ihn im Amt ablösen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 22.–25. März 2013, N = 1601. Veröffentlicht am 11. April 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/11-04-2013/vladimir-putin-god-posle-izbraniya-prezidentom>.

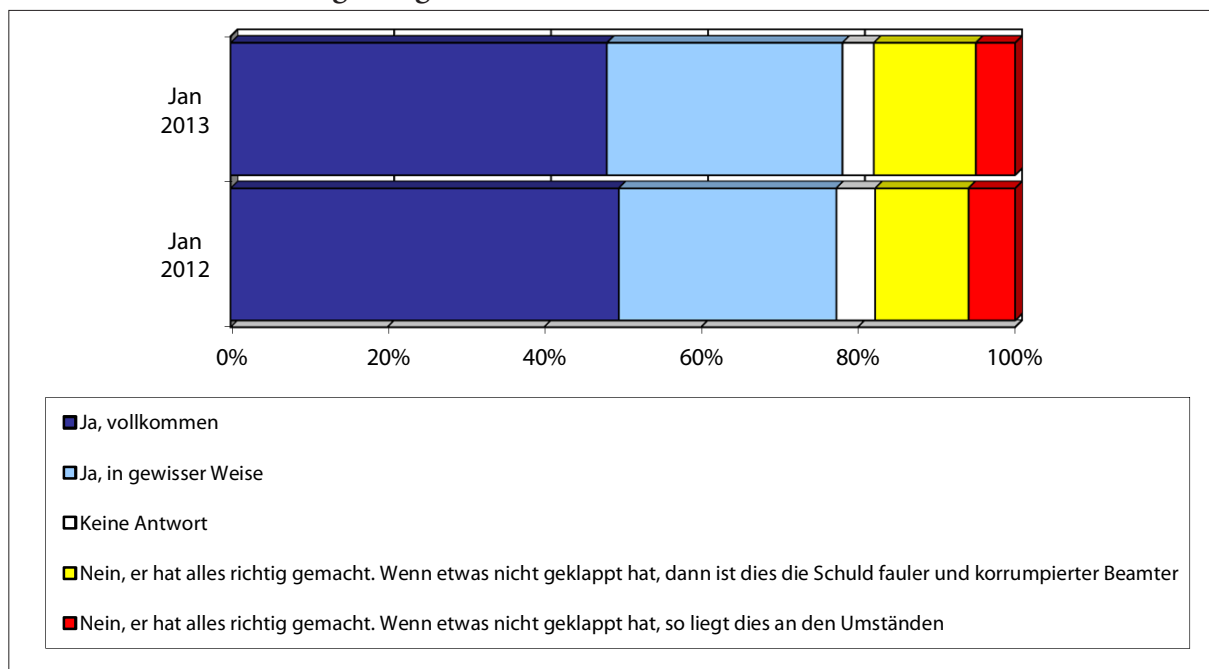
Umfragen des Lewada-Zentrums vom Februar

Grafik 3: Hat Wladimir Putin Ihrer Meinung nach im Verlaufe seiner Regierungszeit Russland mehr Gutes oder mehr Schlechtes gebracht?



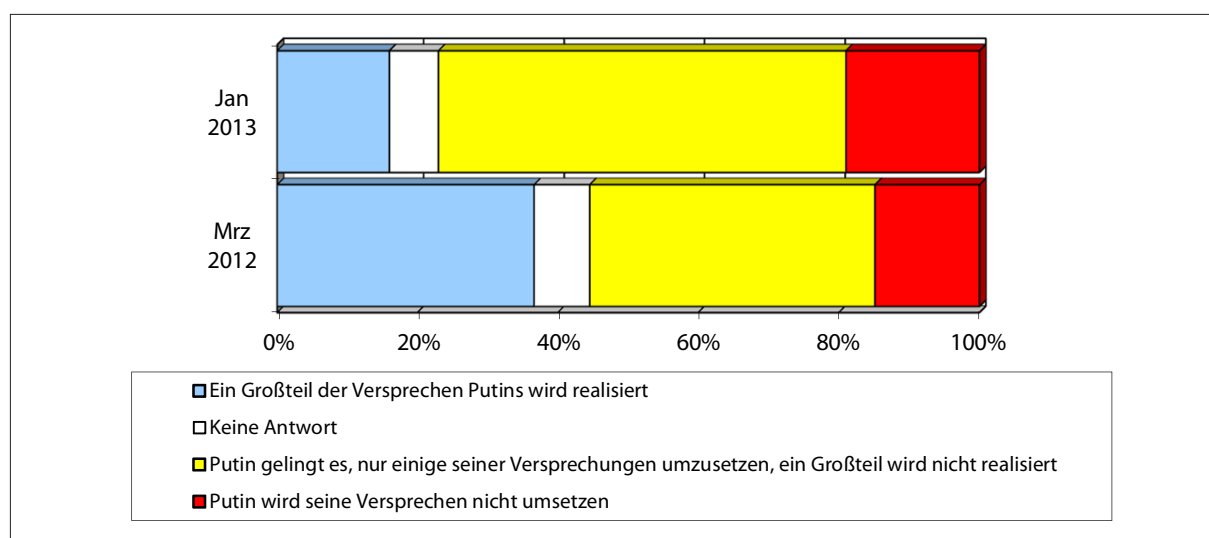
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. Februar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 28. Februar 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/28-02-2013/god-so-dnya-prezidentskikh-vyborov-4-marta-2012-goda-otsenka-deyatelnosti-putina>.

Grafik 4: Trägt Wladimir Putin die Verantwortung für Probleme, mit denen das Land während seiner Regierungszeit konfrontiert ist?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. Februar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 28. Februar 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/28-02-2013/god-so-dnya-prezidentskikh-vyborov-4-marta-2012-goda-otsenka-deyatelnosti-putina>.

Grafik 5: Mit welcher Meinung zur Umsetzung der Wahlversprechen Wladimir Putins stimmen Sie mehrheitlich überein?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. Februar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 28. Februar 2013 unter: <http://www.levada.ru/print/28-02-2013/god-so-dnya-prezidentskikh-vyborov-4-marta-2012-goda-otsenka-deyatelnosti-putina>.

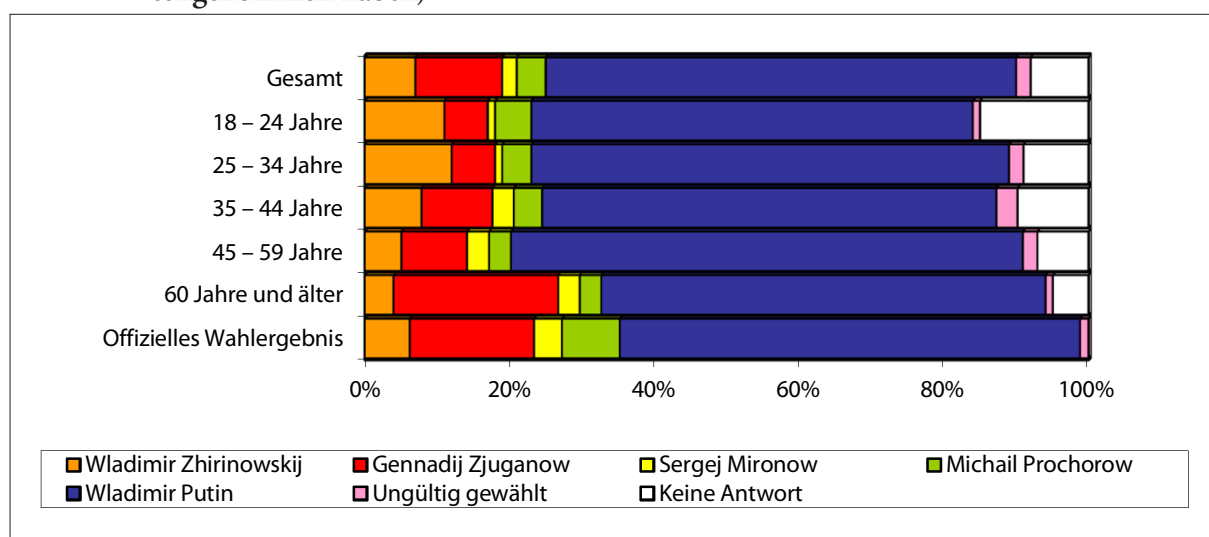
Tabelle 3: Was hat Wladimir Putin im Laufe seiner Amtszeit als Präsident Russlands erreicht und was nicht? (mehrere Antwortmöglichkeiten)

Erreicht	Aug. 2010	Jan. 2012	Feb. 2013	Nicht erreicht	Aug. 2010	Jan. 2012	Feb. 2013
Russlands Status als große, anerkannte Macht wiederherzustellen	36 %	24 %	36 %	Eine gerechte Einkommensverteilung im Interesse der einfachen Leute zu gewährleisten	31 %	34 %	43 %
Erhöhung der Gehälter, Renten, Stipendien und Beihilfen	43 %	28 %	28 %	Den einfachen Leuten die Mittel zurückzugeben, die diese im Verlauf der Reformen verloren hatten	26 %	31 %	36 %
Separatistische Bestrebungen zu beenden, Russland vor dem Zerfall zu bewahren	-	20 %	24 %	Eine Stärkung von Gesetz und Ordnung zu gewährleisten	15 %	29 %	25 %
Russland auf dem Reformkurs zu halten	22 %	22 %	22 %	Erhöhung der Gehälter, Renten, Stipendien und Beihilfen	11 %	17 %	23 %
Die Folgen der Krise von 2008 in den Griff zu bekommen	-	19 %	19 %	Die Wirtschaftskrise im Land zu überwinden, den Produktionsrückgang aufzuhalten	24 %	17 %	22 %
Die Situation im Nordkaukasus zu stabilisieren	-	15 %	17 %	Die Situation im Nordkaukasus zu stabilisieren	-	15 %	22 %
Eine Annäherung zwischen den Ländern der GUS zu erzielen	20 %	10 %	16 %	Russlands Status als große, anerkannte Macht wiederherzustellen	13 %	18 %	20 %
Die Wirtschaftskrise im Land zu überwinden, den Produktionsrückgang aufzuhalten	18 %	16 %	14 %	Reformen, mit besonderer Aufmerksamkeit auf die soziale Absicherung der Bevölkerung, fortzusetzen	10 %	12 %	16 %
Eine Stärkung von Gesetz und Ordnung zu gewährleisten	17 %	7 %	11 %	Eine Annäherung zwischen den Ländern der GUS zu erzielen	10 %	10 %	10 %
Reformen, mit besonderer Aufmerksamkeit auf die soziale Absicherung der Bevölkerung, fortzusetzen	22 %	10 %	10 %	Die Folgen der Krise von 2008 in den Griff zu bekommen	-	9 %	10 %
Den einfachen Leuten die Mittel zurückzugeben, die diese im Verlauf der Reformen verloren hatten	11 %	5 %	5 %	Separatistische Bestrebungen zu beenden, Russland vor dem Zerfall zu bewahren	-	7 %	8 %
Eine gerechte Einkommensverteilung im Interesse der einfachen Leute zu gewährleisten	5 %	2 %	3 %	Russland auf dem Reformkurs zu halten	6 %	5 %	8 %
Nichts von dem aufgeführten	6 %	12 %	9 %	Nichts von dem aufgeführten	4 %	3 %	4 %
Den Krieg in Tschetschenien zu beenden	12 %	-	-	Den Krieg in Tschetschenien zu beenden	22 %	-	-
Keine Antwort	5 %	9 %	8 %	Keine Antwort	13 %	11 %	8 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. Februar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 28. Februar 2013 unter: <http://www.lewada.ru/print/28-02-2013/god-so-dnya-prezidentskikh-vyborov-4-marta-2012-goda-otsenka-deyatelnosti-putina>.

Umfragen des WZIOM

Grafik 6: Haben Sie an den Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 teilgenommen und wenn ja, wen haben Sie gewählt? (eine Antwortmöglichkeit, in % derer, die an der Wahl teilgenommen haben)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 26.–27. Januar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 4. März 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113688>.

Tabelle 4: Warum haben Sie bei den Präsidentschaftswahlen für Wladimir Putin gestimmt? (beliebige Zahl an Antworten, in % derer, die Wladimir Putin gewählt haben)

	2012	2013
Vertraue ihm am meisten	24 %	26 %
Keine Alternative	11 %	21 %
Sichtbare, konkrete Ergebnisse seiner Tätigkeit	26 %	19 %
Er ist der würdigste Kandidat	8 %	12 %
Er hat Qualitäten, die zur Führung des Landes notwendig sind	8 %	9 %
Mit gefallen seine Ideen, sein Programm	8 %	6 %
Er ist mir einfach am sympathischsten	3 %	5 %
Stimme immer für Putin	1 %	2 %
Habe Angst vor abrupten Veränderungen	3 %	2 %
Habe mich an der Meinung von Verwandten, Freunden orientiert	1 %	1 %
Das ist meine staatsbürgerliche Pflicht	1 %	0 %
Anderes	1 %	1 %
Keine Antwort	14 %	3 %

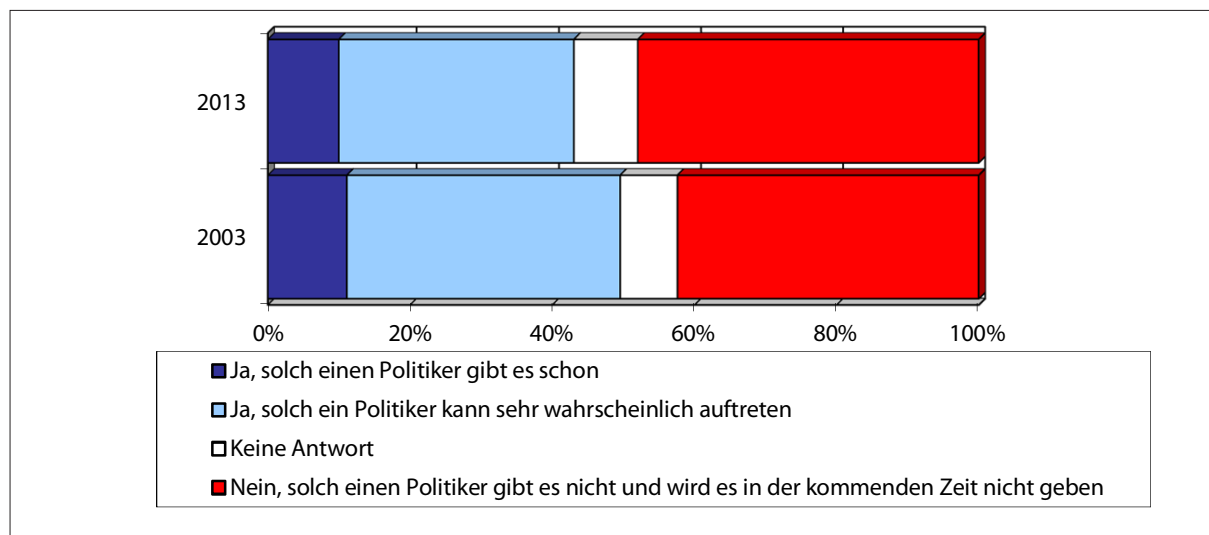
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 26.–27. Januar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 4. März 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113688>.

Tabelle 5: Auf die Lösung welcher Aufgaben sollte Wladimir Putin seine Tätigkeit konzentrieren? (maximal fünf Antwortmöglichkeiten)

	März 2012	Jan. 2013
Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung	20 %	22 %
Aufschwung in Industrie und Landwirtschaft	16 %	13 %
Rentenversorgung	8 %	13 %
Korruptionsbekämpfung	12 %	12 %
Die Gewährleistung einer kostenlosen und qualitativen medizinischen Versorgung	9 %	11 %
Die Gewährleistung einer kostenlosen und qualitativen Bildung	7 %	9 %
Auf die Probleme im Bereich der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft	8 %	9 %
Entwicklung von Sozialprogrammen	7 %	9 %
Wirtschaftsmodernisierung	12 %	8 %
Reduzierung der Arbeitslosigkeit	10 %	7 %
Erschwinglichen Wohnraum	6 %	7 %
Inflationsbekämpfung	5 %	6 %
Jugendfürsorge	4 %	6 %
Erhöhung des Kindergelds, die Öffnung von Kindergärten	2 %	5 %
Fürsorge gegenüber einfachen Leuten	5 %	3 %
Stabilität und Entwicklung des Landes, friedliche Politik	4 %	3 %
Stärkung der Kampfbereitschaft der Armee, Armeereform	3 %	2 %
Erhalt der Ordnung, Einhaltung der Gesetze (Gleichheit vor dem Gesetz)	6 %	5 %
Probleme der Straßeninfrastruktur	1 %	2 %
Steigerung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung	1 %	1 %
Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus	1 %	1 %
Auswechslung von Ministern, Umgestaltung der Regierung	2 %	1 %
Außenpolitische Fragen, das Image des Landes	3 %	1 %
Nationalisierung der Naturressourcen	1 %	1 %
Steuersenkungen	1 %	1 %
Migrationspolitik	1 %	1 %
Bekämpfung von Drogen- und Alkoholsucht	1 %	1 %
Unterstützung von Kleinunternehmen	1 %	1 %
Verbesserung der Umweltsituation	0 %	1 %
Nationale Frage	1 %	0 %
Kontrolle der Tätigkeit des Innenministeriums	2 %	0 %
Anderes	1 %	2 %
Keine Antwort	12 %	10 %

Quelle: Umfragen des WZIOM vom 26.–27. Januar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 4. März 2013 unter:
<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113688>.

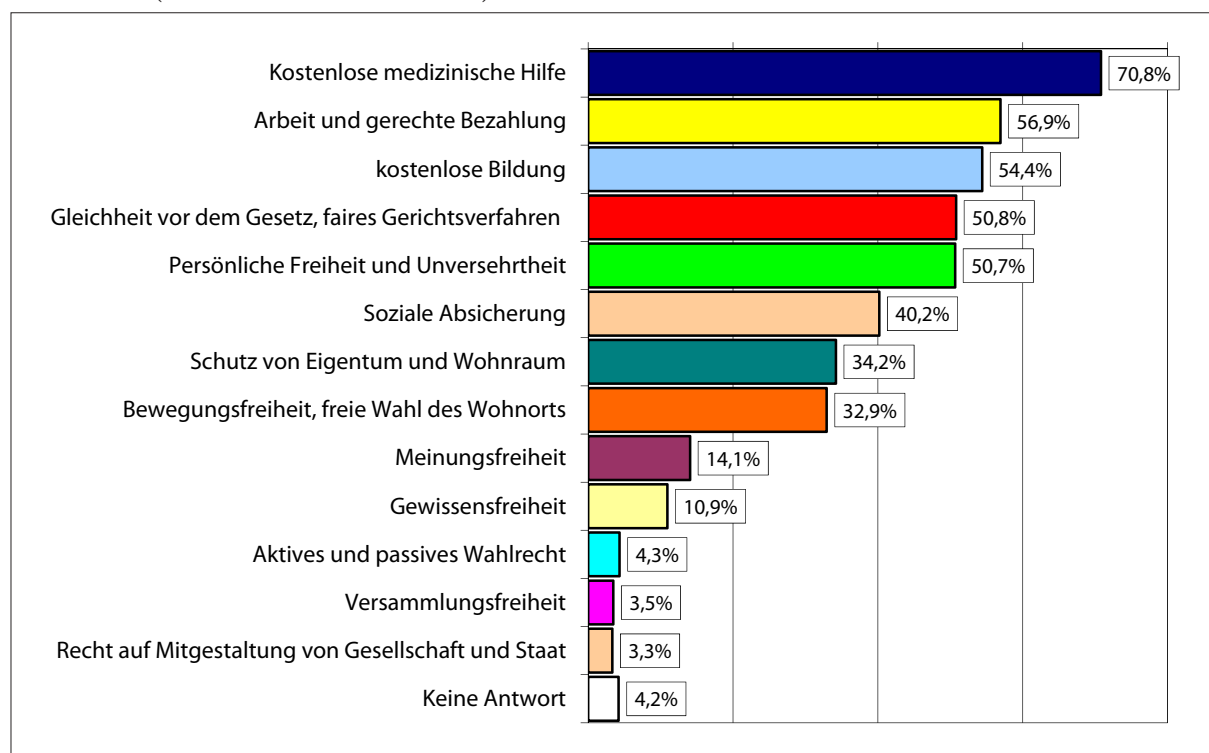
Grafik 7: Sehen Sie einen Politiker, der in Zukunft eine Konkurrenz für Putin darstellen könnte und Chancen auf das Amt des Präsidenten hätte?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 26.–27. Januar 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 4. März 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=113688>.

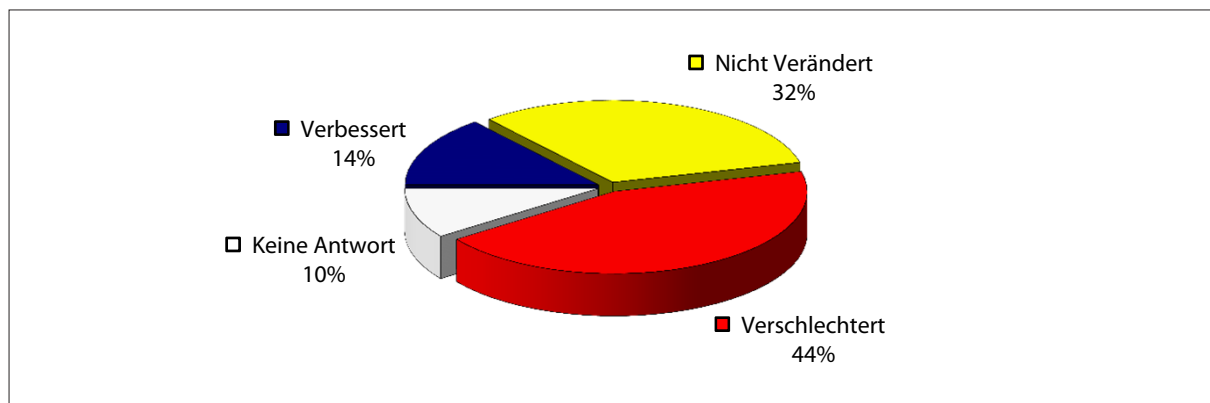
Menschenrechte in Russland

Grafik 8: Welche der aufgeführten Rechte sind für Sie am wichtigsten? (maximal fünf Antworten)



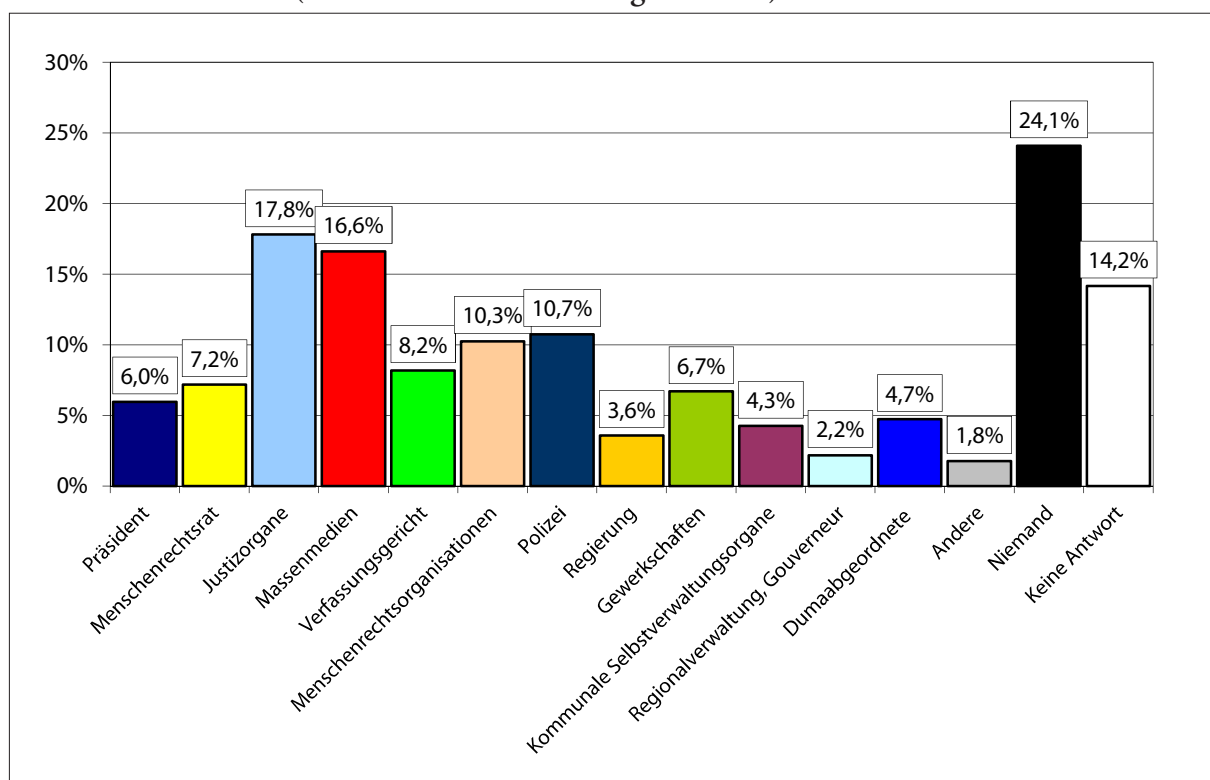
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 9.–10. März 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27. März 2013 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10873>.

Grafik 9: Hat sich die der Menschenrechtslage in Russland in den vergangenen Jahren verbessert, verschlechtert oder nicht verändert?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 9.–10. März 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27. März 2013 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10873>.

Grafik 10: Wer schützt Ihrer Meinung nach in besonderem Maße die Menschenrechte in unserem Land? (maximal drei Antwortmöglichkeiten)



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM), vom 9.–10. März 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 27. März 2013 unter: <http://fom.ru/obshchestvo/10873>.

Interview mit Arsenij Roginskij, Vorstandsvorsitzender von Memorial, zu den massenhaften Überprüfungen russischer NGOs durch Staatsanwaltschaft, Justizministerium und Steuerbehörde

Das Interview wurde am Freitag, 22.3.2013 von Swetlana Rejter geführt.

Frage: Ist das die erste Prüfung durch die Staatsanwaltschaft bei Ihnen?

AR: Vor einigen Jahren sind sie schon einmal gekommen. Aber damals war das etwas Kleines, nichts Ernstes.

Frage: Und diesmal?

AR: Lassen Sie mich zunächst erzählen, welche Gedanken mich beschäftigten; ich hoffe, ich kann es kurz machen. Ich fühle schon den zweiten Tag hintereinander ein ungutes Gefühl. Ich hatte dieses Gefühl gestern und heute hat es sich verstärkt. Ich habe eine Liste aller Publikationen über die gegenwärtig laufenden Prüfungen erhalten. Das sind sehr viele. Briefe und Anrufe gibt es noch mehr. Wissen Sie, es ist immer ein bisschen unangenehm, wenn es nicht darum geht, was man selbst gemacht hat, sondern darum, was mit einem gemacht wird. Es ist eine feste Logik. Ich verstehe das natürlich, so etwas sind »Medienanlässe«, oder sonst etwas, aber für mich ist das schmerzlich: In den vergangenen drei Wochen sind zwei Bücher erschienen, an denen Memorial mitgewirkt hat. Sie liegen hier auf meinem Schreibtisch: »Stalins Erschießungslisten«, das ist die riesige Geschichte der Erschießungslisten, die Stalin persönlich unterschrieben hat. Und dann ist da noch das in Paris heraus gegebene Album »Der Große Terror« [Le grande terreur en URSS 1937–1938; Anm. d. Red.]. Das sind Ereignisse, die ein Lebenswerk markieren, und ich weiß, was darüber zu sagen wäre. Aber ins Zentrum der Aufmerksamkeit sind wir nicht wegen des Guten gerückt, das wir getan haben, sondern weil die da oben mit ihren Drohungen zu uns gekommen sind.

Frage: Wann sind sie gekommen?

AR: Die Obrigkeit ist gestern Morgen gekommen, wird heute bleiben und sie wird noch sehr lange bei uns sein. Die Frage ist also: Womit hängt das zusammen? Mir scheint, diese Frage zerfällt in zwei Teile. Der erste betrifft den Sinn der Überprüfungen, der zweite die praktischen Folgen, die sie für uns haben können. Wenn man nach dem Sinn fragt, dann geht es natürlich um das, was es immer gab; es hatte seinen Höhepunkt in den Stalin-Jahren, und es hat sich in den 2000er Jahren erneut verstärkt, das Stereotyp im Massenbewusstsein, das von oben eingepflanzt wurde: dass Russland eine Großmacht ist, von Feinden umgeben, die uns immer irgendetwas Schlechtes wollen. Und im Inneren des Landes arbeitet eine fünfte Kolonne, die für diese Feinde arbeitet.

Das ist ein Grundstereotyp des Stalinismus, das sich auch nach dem Tod Stalins gehalten hat, in den 1990er Jahren ein wenig schwächer wurde und in den 2000er Jahren eine Renaissance erlebt. Was macht die Staatsmacht mit diesem Stereotyp? Sie kann dagegen kämpfen, wenn sie ein demokratisches Land aufbauen will, oder sie kann es unterstützen. Unsere Staatsmacht hat den Kurs gewählt, dieses Stereotyp zu unterstützen: Der Westen ist unser Feind. Die USA sind unser Hauptfeind, Für die Rolle der fünften Kolonne werden unterschiedliche Kräfte bestimmt. In letzter Zeit sind das NGOs, die Geld aus dem Ausland erhalten. Das ist die Grundidee. Aus ihr ergeben sich die gegenwärtigen hysterischen Gesetze: die Änderungen des Gesetzes über Landesverrat, das Gesetz, das als Antwort auf die Magnitskij-Liste verabschiedet wurde, oder die Änderungen zum NGO-Gesetz.

Frage: Was halten sie vom Magnitskij-Gesetz der USA?

AR: Ich fände sie gut, wenn sie sich nicht nur auf Russland beziehen würde. Wenn sich ein solches Gesetz auf eine große Gruppe von Ländern bezöge, dann wäre das ein echter Sieg der Idee der Menschenrechte auch in staatlichem Handeln. Wenn dann auch noch andere Länder solche Gesetze beschlössen, wäre das überhaupt wunderbar. Aber kommen wir auf unsere Gesetze zurück. Niemand weiß, wie das Gesetz über »ausländische Agenten« umzusetzen ist.

Frage: Soweit ich das verstehe, ist das juristisch unmöglich.

Aber nein, alles ist möglich! Wenn man auf das Recht pfeift, es mit den Füßen tritt, die Logik Logik sein lässt und schwarz weiß nennt, dann geht natürlich alles. Aber trotzdem ist das alles nicht so einfach zu machen. In der allgemeinen Hysterie der vergangenen Monate hören wir andauernd: Wie geht denn das an. Ein Gesetz ist in Kraft getreten und wird nicht beachtet! Allein die Annahme des Gesetzes hat in der Gesellschaft eine bestimmte Atmosphäre

geschaffen, hat die Gesellschaft zerstückelt und geteilt, und erzieht die Bevölkerung dazu, die verschiedenen NGOs als Feinde aufzufassen. Es gibt jetzt den Schimpfnamen »ausländischer Agent«. Irgendwelche Abgeordnete springen auf und schreien: »Schaut, die da sind Agenten. Und die da, und die da auch!« Das NGO-Agentengesetz soll Angst machen, es ist ein Schreckgespenst, das die einen von den anderen trennt. Und Mitte Februar hat Putin bei einer internen Sitzung des FSB etwas in der Art gesagt, dass Gesetze nicht angewandt werden. Da war allen klar, welches Gesetz er meinte und seither geschieht das, was gerade passiert: Die Staatsanwaltschaft [in Moskau] weist alle regionalen Staatsanwaltschaften an und es beginnen massenhaft Prüfungen. Verstehen Sie doch: Wir sind nicht allein. Wir sind viele! Eine Vielzahl von NGOs wird in ganz unterschiedlicher Form überprüft. In einigen Regionen lesen sie die Publikationen, die hinter den Direktoren im Regal stehen. Sie suchen »Extremismus«. In anderen Fällen verlangen sie den Nachweis, dass die Mitarbeiter nicht an Tuberkulose erkrankt sind, und sagen: »Sie kommunizieren doch mit der Bevölkerung?!« Wieder anderen sagen sie: »Lassen sie uns mal Ihre Räume inspizieren«. Es gab bisher allerdings nirgendwo Durchsuchungen, solche Prozeduren gibt es ja erst nach Eröffnung eines Strafverfahrens. [...]

Frage: Worin bestehen die Überprüfungen?

AR: Gestern kamen Vertreter von drei Behörden zu uns: der Staatsanwaltschaft, dem Justizministerium und der Steuerbehörde. Sie erklärten, dass sie eine Organisation mit der Bezeichnung »Internationales Memorial« prüfen. Sie forderten sehr viele unterschiedliche Dokumente, angefangen von Satzungen, über Protokolle von Vorstandssitzungen bis zu Beschlüssen über Stellenbesetzungen, Mitarbeiterlisten und Belegen für Gehaltszahlungen. Darüber hinaus die Abrechnungen über Vorschusszahlungen, die Budgets der vergangenen Jahre, Stellungnahmen der Kassen- und der Wirtschaftsprüfer und irgendwelche weiteren Unterlagen, von deren Existenz ich bisher nicht einmal geträumt habe, wie z. B. ein »Journal der Bewegung der Arbeitsbücher«.

Frage: Hätten Sie die Herausgabe dieser Dokumente verweigern können?

AR: Ich habe unseren Besuchern die Frage gestellt: »Warum sind sie gekommen?«. Als Antwort hörte ich: »Die Generalstaatsanwaltschaft hat die regionalen Staatsanwaltschaften angewiesen, die Prüfungen durchzuführen.« Die Beispiellosigkeit dieser Geschichte liegt darin, dass drei solide Behörden gleichzeitig gekommen sind, zusammen. Wir werden ja ohnehin ständig geprüft, aber diese Prüfung ist eine umfassende, unerwartete. Niemand hat sie uns angekündigt. So etwas passiert in den fast 25 Jahren unserer Tätigkeit erstmalig. Warum? Es ist bekannt, dass die Staatsanwaltschaft auf Anzeigen hin tätig wird. Wenn ich mich über sie beschwere, dass sie Drogen verstecken, dann muss die Staatsanwaltschaft reagieren. Bei uns wurden Papiere zur Überprüfung angefordert, mehr nicht. Aber das bedeutet ganz schön Kopfschmerzen.

Seit Beginn der 2000er Jahre hat der Staat den NGOs eine riesige Menge unterschiedlicher Dokumentationspflichten auferlegt. Soweit ich weiß, kennen kommerzielle Organisationen diese unerhörte Papierproduktion nicht. Nun gut, wir haben jedes Dokument in dreifacher Ausfertigung kopiert, es sind ja drei Behörden. Dabei muss jedes Papier zuerst gefunden werden, dann geprüft, beglaubigt und zum Schluss gebunden, unterschrieben und gestempelt. Eine schreckliche Sache! Acht Stunden habe ich mit den Prüfern gesprochen. Auf jede Frage antworteten sie: »Das wissen wir nicht und wollen es noch nicht einmal wissen.« Trotzdem entsteht der Eindruck, dass sie die Finanzierung aus dem Ausland am meisten interessiert.

Frage: Gibt es Fristen für die Prüfungen?

AR: Wenn es sich um planmäßige Prüfungen handelt, dann wird in dem Prüfbeschluss genau festgehalten, wie lange geprüft werden darf. Aber unangekündigte, razzienartige staatsanwaltschaftliche Überprüfungen können unendlich lange dauern. Das Absurde ist, dass wir jedes Jahr unsere inhaltlichen Berichte an das Justizministerium schicken und auf unserer Website veröffentlichen. Die Finanzberichte gehen an die Steuerinspektion. Dort sind alle unsere Finanzierungsquellen, alle Zahlen genannt. Seit wir unseren letzten Bericht abgegeben haben, hat sich nichts geändert.

Stellen wir uns mal vor, dass sie, sobald sie unsere Dokumente durchgeschaut haben, zum Schluss kommen, wir würden uns »politisch betätigen«. Und weil wir ausländische Zuwendungen bekommen – wir bekommen welche und haben nicht vor, auf sie zu verzichten; zudem habe ich den Prüfern gesagt, bei welchen Stiftungen wir Anträge gestellt haben –, werden sie zu dem Schluss kommen, dass wir uns als »ausländische Agenten« registrieren lassen müssen. Das könnte ein Ergebnis der Überprüfungen sein. Ein anderes wäre ebenso ziemlich widerwärtig. In der enormen Menge von Dokumenten wird es unweigerlich Fehler geben und auch verschiedene Nachlässigkeiten. Die werden gefunden und damit kann was alles Mögliche machen: Von der Anweisung, die Fehler zu verbessern, bis zu einem Gerichtsbeschluss, die Organisation zu schließen. Möglich ist auch Kompromittierung aller Art.

Frage: Gestern ist ja auch ein Kamerateam von NTW bei ihnen aufgetaucht.

AR: Ja, gleichzeitig mit den Prüfern. Oder gröber gesagt: auf ihren Schultern. Wir waren baff über diese Unverschämtheit, die ich bisher nur in der »Anatomie des Protestes« gesehen habe: Sie sind einfach bei uns mit laufender Kamera eingedrungen und haben Fragen gestellt. Wir dachten erst, dass sie zu den Staatsanwälten gehören und keine Journalisten sind. Die Staatsanwälte sagten: »Nein die haben mit uns nicht das geringste zu tun.« Wir haben dem Kameramann gesagt: »Leute, gehen Sie!«. Sie liefen aber weiter herum, drangen ins Zimmer ein, bis einer der Staatsanwälte sagte: »Die Staatsanwaltschaft Moskau hat keine Aufnahmegenehmigung erteilt«. Dann sind sie immerhin aus dem Büroraum, in dem wir saßen. Später mussten wir sie lange – mit der Polizei – aus unserem Gebäude bringen. [...]

Frage: Wenn sie sich als »ausländische Agenten« registrieren sollen, werden sie das machen?

AR: Nein, das ist für uns unmöglich. Es geht dabei nicht nur darum, dass das eine Lüge wäre. Und dass das mit Recht nichts zu tun hat. Wir sind doch Memorial. Wir wissen, wie viele Menschen in welchem Jahr unter Folter gestanden haben, dass sie Spione und ausländische Agenten sind. Wir wissen, wie diese Geständnisse aus ihnen heraus geprügelt wurden. In unserem historischen Gedächtnis hat die Wortverbindung »ausländischer Agent« nur diese eine Bedeutung. [...]

Übersetzung aus dem Russischen: Jens Siegert

NOTIZEN AUS MOSKAU

Aus dem Koma geholt

Jens Siegert, Moskau

Im Februar (NGO-Agenten-Gesetz – Vom kontrollierten Koma [aufs Sterbebett](#), [Russland-Analysen 252](#), 22.2.2013) habe ich hier das sogenannte NGO-Agentengesetz als »im kontrollierten Koma« befindlich beschrieben. Ich bezog mich dabei u. a. auf Aussagen des russischen Justizministers Alexander Konowalow, der das Gesetz im Januar als »nicht anwendbar« bezeichnet hatte. Wenn wir, um im Bild zu bleiben, Konowalow in der Kreml-Klinik nun als Oberarzt betrachten, dann hat er (und ich mit ihm) seinerzeit nicht ausreichend mit dem Chefarzt gerechnet. Der, Wladimir Putin geheiß, ist anderer Meinung.

Mitte Februar hat sich Putin bei einer Versammlung in der Lubjanka, dem berühmt-berüchtigten Hauptquartier des Inlandsgeheimdienstes FSB, über Gesetze beschwert, »die nicht angewandt werden«. Dieses Signal ist offenbar angekommen. Am 6. März begannen »Prüfungen« genannte aber Razzien ähnlichere Kontrollen bei vielen russischen NGOs, bei denen nicht das eigentlich zuständige Justizministerium die Führung hatte, sondern die Generalstaatsanwaltschaft. Mitunter mit Vertretern von fünf oder sechs weiteren Behörden im Schlepptau (fast immer dabei waren die Steuerbehörde und das Justizministerium, oft das für Brandschutz zuständige Katastrophenschutzministerium, das Innenministerium und die Gesundheitsbehörde) erklär-

ten die Staatsanwälte, sie seien zu einer »planmäßigen Prüfung« auf Grundlage des NGO-Gesetzes von 2006 erschienen und verlangten umfangreiche Akteneinsicht.

Anfangs war unklar, wonach die ungebetenen Besucher besonders suchten. Auf Nachfragen bezogen sie sich auf eine Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft. Die meisten NGOs ließen die Beamten ein und stellten, soweit sie das vermochten, die geforderten Dokumente zur Verfügung. Nur ein Beispiel des staatlichen Dokumentenhunglers: Allein Memorial International in Moskau kopierte binnen einer Woche nach fünf Prüftagen knapp 9.000 Seiten und übergab sie den Behörden.

Gleichzeitig schrieben viele der heimgesuchten NGOs Beschwerden an die Staatsanwaltschaft, da die »planmäßigen Prüfungen« ihrer Meinung nach in dieser Form gesetzwidrig sind. Um das zu erklären, ist ein kleiner Exkurs nötig:

Das NGO-Gesetz von 2006 sieht »planmäßige« und »unplanmäßige« Prüfungen vor. »Planmäßige« müssen angekündigt werden und werden in dieser Ankündigung befristet. »Unplanmäßige« können unangekündigt erfolgen, brauchen aber einen Grund. Zumindest in den ersten Wochen (später änderte sich das teilweise) kamen die Prüfer aber unangekündigt und ohne einen Grund zu nennen. Eben diesen Grund versuchen die NGOs in

ihren Beschwerden zu erfahren. Gleichzeitig dienen die Beschwerden aber auch schon der Vorbereitung späterer Gerichtsverfahren, in denen gegebenenfalls die Ergebnisse der Überprüfungen angefochten werden.

Anfang April mischt sich dann Wladimir Putin höchstpersönlich ein. Kurz zuvor war allerdings ein Malheur passiert. Staatsanwälte hatten im St. Petersburger Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung alle Computer konfisziert, angeblich um sie »auf nicht lizenzierte Software« zu prüfen. Das brachte das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt auf den Plan. Der russische Gesandte in Berlin wurde »eingeladen« und der deutsche Botschafter in Moskau sprach im russischen Außenministerium vor. Es gab deutliche Worte, wohl deutlicher als bisher üblich. Auch war der Zeitpunkt, zehn Tage vor Putins Hannoveraner Messebesuch wohl günstig (oder, aus Kremlsicht, ungünstig). Jedenfalls erhielten die Konrad-Adenauer-Stiftung in St. Petersburg und das ebenfalls schon in Prüfung befindliche Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Moskau Anrufe von der Staatsanwaltschaft, die Prüfungen seien beendet. Am nächsten Abend waren die Computer wieder da und, wie es aussieht, die anderen Büros deutscher politischer Stiftungen, darunter auch das der Heinrich Böll Stiftung, diesmal davongekommen.

Schwer zu sagen, ob das nun Zufall war oder nicht, aber einen Tag später zeigte das russische Fernsehen Wladimir Putin im Gespräch mit dem Menschenrechtsbeauftragten Wladimir Lukin. Putin verteidigte die NGO-Kontrollen als »notwendig«, forderte die Prüfer aber auf, »keine Übertreibungen« zuzulassen. Man könnte es durchaus so interpretieren, dass bei einer ausländischen Stiftung Computer zu beschlagnahmen eine »Übertreibung« ist (vor allem, wenn sie außenpolitische Unannehmlichkeiten hervorruft), die massenhaften Razzien russischer NGOs aber nicht. Das eine ist internationale Politik, da ist »Einmischung« oft nicht ganz vermeidbar. Das andere sind »innere Angelegenheiten«, da hat sich niemand einzumischen.

Im ARD-Interview dann verschärfte Putin den Angriff auf die russischen NGOs. Er behauptete, 654 russische NGOs hätten »in den vergangenen vier Monaten« knapp eine Milliarde US-Dollar (28 Milliarden und 300 Millionen Rubel) erhalten und er könne das beweisen. Außerdem gebe es mit dem *Foreign Agent Registration Act* (FARA) von 1938 in den USA eine dem »NGO-Agentengesetz« gleichende Bestimmung. Putin wiederholte diese Behauptungen auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Angela Merkel in Hannover.

Die Putin-Milliarde habe ich schon hier in meinem Blog (<http://russland.boellblog.org/2013/04/06/putins-milliarde-oder-warum-der-russische-prasident-es-immer-wieder-mit-der-wahrheit-nicht-so-genau-nimmt/>) auseinander genom-

men. Ende voriger Woche haben 58 VertreterInnen von NGOs, die alle Geld aus dem Ausland für ihre Arbeit bekommen, Putin in einem Brief aufgefordert, die Namen der 654 NGOs und die genauen Geldzahlungen aus dem Ausland zu veröffentlichen. Nach dem Gesetz ist die Präsidentenadministration verpflichtet, binnen 30 Tagen zu antworten. Bisher gibt es nur Vermutungen woher die Milliarden-Zahl stammt.

Wahrscheinlich hat Nikolaj Petrow recht, der in der Moscow Times (<http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/how-did-putin-conjure-up-1bln-for-ngos/478642.html>) davon ausgeht, Rosfinmonitoring habe diese Angaben zusammengestellt. Rosfinmonitoring ist so etwas wie ein Bankgeheimdienst, der alle Geldbewegungen zwischen Banken in Russland und dem Ausland kontrolliert. Das »NGO-Agentengesetz« nennt die Behörde ausdrücklich als Kontrollorgan. Sollte die Putin-Milliarde von dort stammen, dann könnte Rosfinmonitoring auf das gleiche Problem gestoßen sein wie das Justizministerium, nämlich, wie man »politische Tätigkeit« definiert. Das ist das Schlüsselkriterium des »NGO-Agentengesetzes«. Was das aber genau ist und welche Tätigkeit darunter fällt, steht nirgendwo in den russischen Gesetzbüchern. Rosfinmonitoring könnte, das ist jetzt eine ganz ungeschützte Vermutung, einfach alle NGOs in eine Kodierung gepackt haben. Als NGOs sind aber auch, um nur Beispiel zu nennen, Forschungsverbände, Teile der Nuklearindustrie oder der russische Fußballverband organisiert. Dann erfolgt, auf Aufforderung aus dem Kreml, bei Rosfinmonitoring ein Knopfdruck und der Computer spuckt eine Zahl aus. So könnte es, wie gesagt, ich spekuliere nur, gewesen sein.

Unterdessen gehen die staatsanwaltschaftlichen »Prüfungen« weiter. Mitte April, bei einer eigens einberufenen Sitzung des präsidentialen Rates für Zivilgesellschaft und Menschenrechte (zu der die Generalstaatsanwaltschaft einen Absagebrief mit der schnöden Begründung schickte, alle zuständigen Beamten seien mit den NGO-Prüfungen beschäftigt und die könnten noch lange dauern), sagte die im Justizministerium für NGOs zuständige stellvertretende Abteilungsleiterin Tatjana Wagina, es seien inzwischen 528 NGOs aus 49 russischen Regionen »überprüft« (diese Zahlen entsprechen im Großen und Ganzen den Angaben der Menschenrechtsorganisation AGORA aus Kasan). Die »Prüfungen« gingen aber weiter.

Weiter erklärte Frau Wagina, das Justizministerium betrachte gegenwärtig nur die Wahlbeobachterorganisation Golos als »ausländischen Agenten«. Golos war vorige Woche vom Justizministerium mit Hinweis auf das »NGO-Agentengesetz« aufgefordert worden, sich als »ausländischer Agent« registrieren zu lassen. Wie eine ganze Reihe von anderen NGOs auch, hat Golos erklärt,

das unter keinen Umständen tun zu wollen. Zudem hat Golos seit Inkrafttreten des Gesetzes im vergangenen Herbst kein Geld aus dem Ausland mehr bekommen. Eine mit einer Preisverleihung aus Norwegen auf einem Golos-Konto eingegangene Geldzahlung schickte Golos umgehend zurück.

Im Gegensatz zur Erklärung der Justizministeriumsvertreterin sucht die Generalstaatsanwaltschaft augenscheinlich vor allem »ausländische Agenten«. Das jedenfalls geht aus einer Äußerung ihrer Sprecherin Marina Grindjewa von voriger Woche hervor. In der Bezirksstadt Kostroma, nördlich von Moskau an der Wolga gelegen, hat die dortige Staatsanwaltschaft gegen das dortige »Zentrum zur Unterstützung von gesellschaftlichen Initiativen« ein Bußgeldverfahren eingeleitet, weil es sich nicht als »ausländischer Agent« habe registrieren lassen, obwohl sie sich »politisch« betätige. Als Beweis für die angebliche »politische Tätigkeit« dient die Organisation eines Runden Tisches zu den US-amerikanisch-russischen Beziehungen, an dem auch der stellvertretende Leiter der politischen Abteilung der US-Botschaft in Moskau teilgenommen hatte. Außerdem, so die Staatsanwaltschaft, sei die NGO von einem ehemaligen Politiker gegründet worden, der Anfang der 2000er Jahre (vergeblich) für einen Parlamentssitz kandidiert habe. Grundlage dafür ist das »NGO-Agentengesetz« nachdem sich, selbst ohne viel Kasuistik, fast jede öffentlichen Äußerung als »politische Tätigkeit« interpretieren lässt. Um die Frage, wie weit man dabei geht und wer die Interpretationshoheit hat, dreht sich offenbar die trotz der öffentlichen Intervention Putins nicht beendete Auseinandersetzung zwischen dem Justizministerium und der Generalstaatsanwaltschaft; die Auseinandersetzung um das »NGO-Agentengesetz« wird trotz des öffentlichen Eingreifens Präsident Putins fortgesetzt. Das allein ist schon bemerkenswert.

Zusammengefasst: Die Kampagne gegen die NGOs ist noch nicht zu Ende. Bisher hat sie auf Seiten der NGOs vor allem viel Arbeit und Aufmerksamkeit gekostet. Die Verunsicherung, vor allem außerhalb Moskaus

ist sehr hoch. Zigtausende Kopien von Finanz- und Sachdokumenten wurden der Staatsanwaltschaft, dem Justizministerium, der Steuer- und anderen Behörden übergeben. Die werden nun dort studiert und die Erfahrung zeigt, dass es eine große Menge an Beanstandungen, Bußgeldbescheiden und möglicherweise auch Schließungsverfahren geben wird. Erste Bescheide wegen mangelndem Brandschutz oder nicht eingehaltener Arbeitsschutzbestimmungen gibt es schon. Dabei gehen die Bußgeldbescheide in den meisten Fällen an die gesetzlich zulässigen Höchstgrenzen. Das kostet die NGOs noch mehr Aufmerksamkeit, Arbeit und auch Geld.

Je nachdem, wie die Auseinandersetzung in der Staatsführung (sichtbar: Staatsanwaltschaft hier, Justizministerium dort) ausgeht, ist mit weiteren Aufforderungen zu rechnen, sich als »ausländische Agenten« registrieren zu lassen. Da eine ganze Reihe wichtiger und großer NGOs wie *Memorial* oder *Transparency International* Russland das grundsätzlich ablehnt, ist hier, aber auch bei den Bußgeldbescheiden mit langanhaltenden gerichtlichen Auseinandersetzungen zu rechnen. Allerdings sitzt der Staat auch hier am längeren Hebel, weil das »NGO-Agentengesetz« dem Justizministerium das Recht gibt, die Tätigkeit einer NGO bis zu einem halben Jahr auch ohne Gerichtsbeschluss »auszusetzen«. Für viele NGOs würde das das sichere Aus bedeuten.

In großen Teilen der russischen Öffentlichkeit sind NGOs durch die Razzien weiter diskreditiert worden. Allen ist zudem noch klarer als schon zuvor geworden, dass Zusammenarbeit mit ihnen Ärger mit dem Staat bedeuten kann. Die Begleitung zahlreicher »Kontrollbesucher« in Moskau durch Aufnahmeteams des Fernsehsenders NTW (z. B. bei *Memorial* und *Amnesty International*, wo die Staatsanwälte vor der Tür auf die Fernsehleute warteten, weil diese zu einer falschen Adresse gefahren waren) bestätigt die These, dass Diskreditierung eines der Hauptziele der Kampagne ist.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

CHRONIK

Vom 1. bis zum 18. April 2013

01.04.2013	Ein Moskauer Bezirksgericht verlängert den Hausarrest von Sergej Udalzew, dem Vorsitzenden der »Linken Front«, um weitere vier Monate. Gegen Udalzew wird wegen der Organisation von »Massenunruhen« am 6. Mai 2012 ermittelt.
02.04.2013	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, wonach die Föderationssubjekte auf die Durchführung von Direktwahlen des Gouverneurs verzichten können. An die Stelle der Direktwahl tritt die Wahl durch das Regionalparlament, das zwischen Kandidaten entscheiden kann, die der Präsident aus den Vorschlägen der Parteien, die im regionalen wie föderalen Parlament vertreten sind, ausgewählt hat.
04.04.2013	Mark Knopfler, Gründer der britischen Musikgruppe »Dire Straits«, sagt die geplanten Konzerte im Sommer 2013 in Moskau und St. Petersburg aus politischen Gründen ab.
05.04.2013	Aleksej Nawalnyj, Jurist, Blogger und Oppositionsaktivist, gibt seine Absicht bekannt, russischer Präsident zu werden.
05.04.2013	Präsident Wladimir Putin gibt vor seinem Deutschlandbesuch der ARD ein Interview. In diesem verteidigt er die Überprüfungen der NGOs und beschuldigt westliche Medien, die Situation zu dramatisieren. Russland habe sich für eine demokratische Entwicklung entschieden.
07.– 08.04.2013	Präsident Wladimir Putin eröffnet gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Hannover-Messe, dessen Partnerland in diesem Jahr Russland ist. In den Gesprächen mit Merkel äußert sich diese besorgt über die Kontrollen bei NGOs. Weitere Themen sind die Situation in Syrien und in Nordkorea. Putin reist im Anschluss zu einem Kurzbesuch nach Holland. Putins Besuch wird in beiden Ländern von Protesten begleitet.
08.04.2013	Michail Beketow, Umweltaktivist und ehemaliger Chefredakteur der Zeitung »Chimkinskaja Prawda« stirbt im Alter von 55 Jahren. Beketow, der sich gegen die Autotrasse Moskau–St. Petersburg durch den Wald von Chimki eingesetzt hatte, war im November 2008 von Unbekannten so zusammengeschlagen worden, dass ein Bein amputiert werden musste, und Beketow bleibende Schädelverletzungen erlitt.
08.04.2013	Bei einer Spezialoperation russischer Sicherheitskräfte in der Nähe von Nasran (Inguschetien) werden vier Untergrundkämpfer sowie ein Soldat getötet.
09.04.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in Erster Lesung ein Gesetz zum Schutz der Gefühle Gläubiger. Die Verletzung religiöser Überzeugungen soll mit Geld- oder Freiheitsstrafen geahndet werden.
09.04.2013	Das russische Justizministerium erhebt Anklage gegen die Wahlrechtsvereinigung »Golos« wegen deren Weigerung, sich als »ausländischer Agent« zu registrieren. Es droht eine Geldstrafe von bis zu 500.000 Rubel (ca. € 12.300).
09.04.2013	Die russische Staatsduma unterstützt die Kandidatur Elvira Nabiullinas für den Vorsitz der russischen Zentralbank. Nabiullina tritt ihr Amt am 24. Juni an.
10.04.2013	Pawel Tschikow, Leiter der Menschenrechtsassoziation »Agora« gibt bekannt, dass gegen 225 Nichtregierungsorganisationen in 50 Regionen eine staatsanwaltschaftliche Überprüfung läuft. Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka teilt dem Menschenrechtsbeauftragten des Europarates mit, die Kontrollen würden streng nach russischem Gesetz durchgeführt.
10.04.2013	Staatsbesuch des serbischen Ministerpräsidenten Iwica Dačić, der Gespräche mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew und Präsident Wladimir Putin führt. Im Zentrum stehen die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie die Situation im Kosovo.
11.04.2013	Der Oberste Gerichtshof erklärt den Entzug des Abgeordnetenmandats von Gennadij Gudkow durch die Staatsduma für rechtmäßig und lehnt die Beschwerde Gudkows ab.
11.04.2013	Präsident Wladimir Putin kritisiert auf einer Präsidiumssitzung des Staatsrates scharf die Entwicklungen in der Forstwirtschaft. Er weist die Regierung an, Personal- und Strukturänderungen vorzunehmen.
12.04.2013	Präsident Wladimir Putin besucht zum Tag der Raumfahrt den Bauplatz des neuen Kosmodroms »Wostotschnyj« im Gebiet Amur. Putin gibt bekannt, dass der Staat bis 2020 1,6 Billionen Rubel (ca. 39,6 Mrd. €) in den Raumfahrtbereich investieren wird. Außerdem kündigt er die Einrichtung eines Raumfahrtministeriums an.
12.04.2013	Der Präsident, die Mitglieder der Regierung, die Mitarbeiter der Präsidentialadministration und die Abgeordneten des Föderationsrates veröffentlichen Erklärungen über ihre Einkommens- und Besitzverhältnis im Jahr 2012. Präsident Wladimir Putin und Ministerpräsident Dmitrij Medwedew geben jeweils ca. 5,8 Mio. Rubel (ca. 141.000 €) als Einkommen an. Bestverdiener in der Präsidentialadministration ist der ehemalige Minister für Naturressourcen Jurij Trutnew mit einem Jahreseinkommen von 210,6 Mio. Rubel (ca. 5,1 Mio. €). In der die Regierung liegt der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Igor Schuwalow mit 226,4 Mio. Rubel (ca. 5,5 Mio. €) an der Spitze.
13.04.2013	Als Antwort auf Einreisesperren der USA gegen 18 Personen, die mit dem Tod des Anwalts Sergej Magnitskij in Verbindung stehen, veröffentlicht das russische Außenministerium eine Liste von 18 US-Amerikanern, gegen die Einreisesperren nach Russland verhängt werden. Sie umfasst Verantwortliche des Strafgefangenenlagers Guantanamo sowie Beteiligte an der Festnahme des Waffenhändlers Viktor But.

14.04.2013	Dmitrij Peskow, der Pressesprecher von Präsident Putin, bezeichnet in einem Fernsehinterview die Verabschiedung der »Magnitskij-Liste« in den USA als Einmischung in innere Angelegenheiten Russlands und beklagt das konfrontative Klima zwischen Russland und dem Westen.
15.04.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen usbekischen Amtskollegen Islam Karimow. Im Zentrum des Gesprächs stehen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie der Integrationsprozess im postsowjetischen Raum.
15.04.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ernennt einen der stellvertretenden Minister für Naturressourcen und Umwelt Wladimir Lebedew zusätzlich zum neuen Leiter der Föderalen Agentur für Forstwirtschaft. Sein Vorgänger Viktor Masljakow wurde nach Putins Kritik am Zustand der Forstwirtschaft am 13. April entlassen.
15.04.2013	Die Abgeordneten der russischen Staatsduma veröffentlichen ihre Einkommens- und Besitzverhältnisse von 2012. Die ersten fünf Plätze belegen Abgeordnete von »Einiges Russland« mit Einnahmen von 7 – 27 Mio. Euro. Die Mehrheit der Abgeordneten deklariert Einkünfte von 50 – 70.000 Euro im Jahr 2012.
15.04.2013	Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums führt Präsident Wladimir Putin mit Dmitrij Medwedew ein Gespräch über die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung angesichts von Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft. Es soll ein Sondertreffen mit Experten einberufen werden.
16.04.2013	Die Staatsduma ratifiziert das Abkommen zwischen Russland und der kirgisischen Regierung. Demnach werden Kirgistan Staatsschulden in Höhe von 500 Mio. US \$ erlassen.
16.04.2013	Der ehemalige Vorsitzende des Dumakomitees für Abgeordnetenethik Wladimir Pechtin, der Ende Februar sein Abgeordnetenmandat wegen nicht deklarierten Immobilienbesitzes in den USA aufgegeben hatte, wird in den Aufsichtsrat des staatlichen Wasserkraftkonzerns »RosGidro« berufen.
17.04.2013	In Kirow beginnt ein Gerichtsverfahren gegen Aleksej Nawalnyj. Ihm wird vorgeworfen, 16 Million Rubel (ca. 388.000 €) der staatlichen Holzfirma »Kirowles« unterschlagen zu haben.
17.04.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt vor der Staatsduma seinen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Regierung im Jahr 2012 ab. Er erläutert unter anderem die Situation in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Wissenschaft, Gesundheit und Renten.
17.04.2013	Im Moskauer Stadtzentrum unterstützten ca. 1500 Demonstranten Aleksej Nawalnyj und protestieren gegen das Gerichtsverfahren, das gegen ihn eröffnet wurde. Zudem wird die Freilassung politischer Gefangener im Rahmen des Strafverfahrens zu den Ausschreitungen am 6. Mai 2012 auf dem Bolotnaja-Platz gefordert.
17.04.2013	Andrej Moltschanow verlässt als fünfter Abgeordneter in diesem Jahr den russischen Föderationsrat. Der bisherige Vorsitzende des Komitees für Wirtschaftspolitik bat um die Aufhebung seines Mandates und kehrt in die Baubranche zurück.
18.04.2013	Das Strafverfolgungskomitee eröffnet ein weiteres Strafverfahren gegen Aleksej Nawalnyj und seinen Bruder Oleg wegen Betrugs in besonders großem Ausmaß.
18.04.2013	Das Parlament der Republik Dagestan stimmt als erste russische Region gegen die Direktwahl des Republikoberhauptes. Dieser soll im Regionalparlament gewählt werden, das zu zwei Dritteln aus Abgeordneten der Partei »Einiges Russland« besteht.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 darunter auch den Zeitraum vom 22.03.2013 bis zum 31.03.2013, der aufgrund der Osterpause nicht von den Russland-Analysen abgedeckt wurde, auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de